

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 14. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruhet: Dem Bauroth Richter zu Heilsberg den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Ober-Steuerkontrolleur, Steuerinspektor Falckenberg zu Gladbach, dem Hauptkollants-Aufseßten Ernst zu Wittenberge im Kreise Weltwiegis, und dem evangelischen Pfarrer Fromm zu Jerichow im Kreise Stendal, den Rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Kammerherrn und Landrat Grafen Clemens von Schmitz zu Münster den königlichen Kronenorden zweiter Klasse, dem Geheimen Kommerzienrat Baudouin zu Berlin den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kellermann zu Gneisen, dem Kanzleirath Helbing im Finanzministerium und dem Bürgermeister Machatius zu Gneisen den königlichen Kronenorden vierter Klasse, dem Steuereinnehmer Große zu Möderau im ersten Jerichowschen Kreise, dem Förster Behre zu Cochstedt im Kreise Aschersleben und dem emeritirten Schulbreher Gland zu Schaffarnia im Kreise Strasburg das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Sekonde-Lieutenant von Toll, à la suite des 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 6 und kommandirt nach Waldeck, und dem Sekonde-Lieutenant Naumann des 2. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 28, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Mittwoch 13. Januar. „Die Bayerische Zeitung“ sagt: Die von Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die deutschen Großmächte im Einvernehmen mit Bayern beim Bunde Maßregeln gegen den Centralausschuß zu beantragen beabsichtigen, ist aus der Lust gegriffen. Die bayerische Regierung übt in Handhabung des Vereinsgesetzes ihre Pflicht, mag es ihr auch noch so peinlich sein; sie ist aber nicht Willens noch veranlaßt, weiter zu gehen.

Paris, 14. Januar. Der heutige „Moniteur“ meldet: Die öffentliche Unterzeichnung der Anleihe erfolgt am 18. Januar. Der Emissionscoups ist 6630. Die Zahlung der Interessen geschieht vom Januar ab. Die Unterzeichnungen bis zur Höhe der sechsprozentigen Rente sind unreduzierbar. Bei der Unterzeichnung erfolgt eine Einzahlung von zehn Prozent und der Rest in zehnmonatlichen gleichen Raten.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 13. Januar. Se. Maj. der König nahm heute folgende militärische Meldungen in Gegenwart des Kommandanten entgegen: des Oberstleutnants v. Schönfeld und des Hauptmanns v. Panz vom österreichischen Generalstabe, des Obersten v. Below, Kommandeur des 8. Kürassierregiments, des Obersten v. Decker der 2. Artilleriebrigade, des Majors v. Schauroth vom Königs-Husarenregiment, der Majore v. Brandenstein und v. Lemmers; dann die Vorträge des Wirklichen Geheimen Raths, Geheimen Kabinetsrathes Illaire und gemeinschaftlich die der Generalleutnants v. Moltke und Freiherrn v. Manteuffel und des Ministerpräsidenten v. Bismarck. Außerdem empfing Se. Majestät den Grafen Blome-Salza und Hrn. v. Rechenberg. Zum Diner bei den königlichen Majestäten haben einige zwanzig Personen Einladungen erhalten, darunter mehrere Minister. (Staatsanzeiger)

— Die „N. A. Z.“ sagt: Hiesige Zeitungen und Correspondenten auswärtiger Blätter berichten über angebliche Verhandlungen der Staatsregierung mit Bankierhäusern über eine Anleihe, namentlich eine vermeintlich beabsichtigte „Kronanleihe“. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß alle bezüglichen Angaben erfunden sind. Der Staatsregierung sind allerdings von hiesigen Bankiers und von den bedeutendsten europäischen Häusern die umfassendsten und zuvorkommenden Anerbietungen gemacht worden, die Regierung hat sich jedoch seither zur Aufzehrung von Verhandlungen nicht veranlaßt finden können.

C. S. — In Betreff der von den Privatvereinen gesammelten wärmenden Kleidungsstücke für die preußischen Truppen an der holsteinischen Grenze und am Jahdebau ist die Anordnung getroffen, daß von diesen Vereinen die Sachen unfrankirt an die betreffenden Truppenteile abgesandt werden können, und letzteren das zu verauslagende Porto wiedererstattet wird. Die für obigen Zweck eingehenden Gelder sollen, wie dies mit den Beiträgen für die Flotte geschehen, durch das „Militair-Wochenblatt“ bekannt gemacht werden. — Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, was denn bis jetzt für die preußischen Soldaten, welche nun den zweiten Winter an der polnischen Grenze verbringen, in dieser Hinsicht geschehen ist?

— Die „Kob. Ztg.“ enthält eine telegraphische Mittheilung aus Wien, nach welcher dem zwischen Preußen und Österreich verabredeten Einverständniß folgende Hauptheimlichungen zu Grunde liegen: 1) Beide Kabinette haben sich gegenseitig feierlich verpflichtet, verbunden zu bleiben bis zur endgültigen Lösung der schleswig-holsteinschen Frage. 2) Sie gehen gleichen Schrittes zusammen, am Bunde, wie außerhalb desselben vorwärts. 3) Sie bleiben fest dabei stehen, daß ihnen, wie dem Bunde eine Einmischung in die Verhältnisse Schleswigs nur allein auf Grund der Vereinbarung von 1851 und 1852 gestattet sei. Sollte etwa am Bunde beabsichtigt werden, dem Herzog Friedrich die Regierung von Holstein zu übertragen und ihm zu überlassen, Bundeshülfe zu verlangen, so werden die Kabinette von Wien und Berlin auf dieses Terrain unter keinen Umständen folgen und die Kompetenz des Bundes in nachdrücklicher Weise bestreiten.“

— Als Illustration zu der gestrigen Debatte des Abgeordnetenhauses theilen wir nachstehenden, in der Debatte selbst vom Abgeordneten v. Hoverbeck erwähnte Aufruf des Landrats des Ziegeur-Lübeck Kreises mit: „Unsere mobilen Truppen stehen jetzt in Lübeck und Umgegend, um erforderlichenfalls in Holstein einzurücken. Bei der jetzigen kalten Witterung leiden dieselben an Mangel warmer Bekleidungs-

stücke. Viele Soldaten haben keine wollenen Socken, nur Lappen und etwas Stroh in den Stiefeln und sind in der Gefahr, die Füße zu erfrieren, andern fehlt es an sonstigen Schutzmitteln gegen die Kälte, namentlich an hinreichender Leibwäsche. Ich beabsichtige dergleichen Verwahrungsgegenstände und auch Geld, um solche dort ankaufen zu lassen, zu sammeln und in möglichster Schnelligkeit an das preußische Militärfommando zu schicken. Ich bitte alle Dicjenigen, welche Freunde unserer Soldaten sind, mir solche Bekleidungsstücke oder Geld zuzuschicken, ich werde sie eiligst befördern und in diesem Blatte darüber quittieren. Burg Ranis, 1. Januar 1864. Der Königliche Landrat v. Breitenbach.“

— Der zur Disposition gestellte Landrat v. Young ist höchstlich über das gegen ihn von der Regierung eingeschlagene Verfahren ergrummt. Derselbe erläßt öffentliche Erklärungen, in welchen er das Einschreiten gegen seine Person als überreilt und unmotiviert bezeichnet, seine Gesinnungstichtigkeit auf den Leichter stellt, und die Gegner als Trunkenbold bezeichnet. Die demokratische Presse wird von ihm läufighaft und schamlos genannt, kurz, der Mann hat vollständig den Kopf verloren. Leute, die ihn kennen, erwarten von ihm noch viel weitergehende Extravaganzen.

— Der Kreisphysikus Dr. Hoogeweg in Gumbinnen hat vor einigen Tagen eine Verfügung der dazigen Regierung erhalten, durch welche ihm im Auftrage des Kultusministers eine Verwarnung erteilt wird. Als Grund zu dieser Verwarnung wird in dem betreffenden Rescripte angegeben, einmal, daß Hoogeweg bei den letzten Urwahlen mit der Fortschrittspartei gestimmt und sodann, daß er als Stadtverordneter die bekannte Petition vom 10. Juni v. J. gebilligt und mit unterzeichnet habe.

— In Breslau war auf Ansuchen des Fürstbischofs von Staats wegen eine Disziplinaruntersuchung gegen den freisinnigen Theologen Dr. Baltzer eröffnet worden. Professor Baltzer hat schon früher manifache Anfechtungen wegen seines Verhältnisses zu der als Ketzer bezeichneten Hermes'schen Lehre gehabt. Nach der „Bresl. Ztg.“ ist die Entscheidung in höchster Instanz jetzt erfolgt und ist Professor Baltzer freigesprochen worden.

Danzig, 11. Januar. Wie das hiesige „Dampfboot“ berichtet, nahm der Dr. Wantrup vor seiner Abreise nach Berlin sehr feierlich von seinen Gesinnungsgenossen Abschied. Rechnungsraht a. D. Krüger begrüßte ihn und erklärte: „Die Demolitaten sind auf's Maul geschlagen.“ Herr Wantrup freute sich über seine Wahl insofern, als sie ein Beweis für die Stärke der konservativen Sache in seinem Wahlkreis sei. Schließlich forderte er die Mitglieder des Preußischen Volksvereins auf, während seiner Abwesenheit Vorträge zu halten, damit die Demokraten ihnen kein Armuthzeugnis ausstellen könnten. Alsdann sprach noch Dr. Hinz, der überall mächtiges Revolutionsfeuer sieht und es der Regierung dankt, daß sie dasselbe auch in Schleswig-Holstein zu dämpfen suche. Die Rede gipfelt in dem Ausspruch: von Turnern, Schülern, Sängern und Studenten hätten Wein-, Bier- und Schnapsflaschen mehr zu fürchten, als preußische und österreichische Soldaten. Unter ähnlichen Scherzen verbrachte man angenehm und nützlich den Abend.

Hannover, 13. Januar, Vormittags. [Telegr.] Eine Verfügung des Ministeriums verbietet den Hilfsvereinen für Schleswig-Holstein, mit dem Frankfurter Centralausschuß oder dem hiesigen Centralausschuß in Verbindung zu treten; nur den Vereinen als einzelnen bleibt eine Thätigkeit gestattet.

Sachsen. Dresden, 11. Januar. Die Zahl der hier lebenden Polen nimmt fortwährend zu. Nicht selten kommt es vor, daß dieselben ohne alle Pässe und Legitimationen hier eintreffen, sodaß die Polizeidirektion sie darum ausweisen will. Es ist auffällig bemerkt worden, daß die betreffenden Passlosen hierauf die Intervention des französischen Gesandten angerufen haben und von diesem mit Legitimationen versehen worden sind, infolge dessen sie von der Polizei die Erlaubnis zum fernern Aufenthalt erhielten. (D. A. Z.)

Oldenburg, 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Landtages kündigte der Präsident einen Antrag an, welcher von denselben sechs Abgeordneten, die den schleswig-holsteinischen Ausschuß bildeten, eingebracht war und dahin ging, daß der Landtag bei den verderblichen Folgen jeder Verzögerung der Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Sache die Staatsregierung ersuchen möge, auf die Herbeiführung einer möglichst raschen Entscheidung der Erbsorgefrage hinzuwirken, auch bei der schleswig-holsteinischen Anliege mit einer Summe von 100,000 Thlrn. sich zu beheiligen. Der Präsident machte den Vorschlag, daß, da dieser Antrag von dem schleswig-holsteinischen Ausschuß als hinfällig erwogen könnte angesehen werden, ohne vorgängigen Ausschussbericht in nächster Sitzung darüber möge abgestimmt werden. Der Landtag beschloß ohne vorgängige Berichterstattung die Abstimmung über den Antrag in nächster Sitzung. (Wes. Ztg.)

Neuß. Gera, 9. Januar. Der Landtag Neuß j. L. ermächtigte durch einstimmig gefaßte Beschlüsse in seiner gestrigen Sitzung die Staatsregierung, sich bei der von Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein ausgeschriebenen vorläufig unverzinslichen Anleihe mit 50,000 Thlrn. zu beteiligen. Ebenso wurde noch der Antrag einstimmig zum Beschuß erhoben: die fürstliche Staatsregierung wolle den Eintritt von Freiwilligen aus hiesigem Lande in eine zu bildende schleswig-holsteinsche Armee und die auf denselben Zweck gerichteten Bestrebungen inländischer Vereine auf jede Weise befördern.

Schleswig-Holstein.

Altona, 11. Januar. Heute Morgen empfingen die Bundeskommissare eine Deputation des schleswig-holsteinischen Lokalvereins der Stadt Kiel, welche in Gemäßheit des am 7. d. gefaßten Beschlusses gekommen war, um den Kommissaren das Schicksal unserer Landsleute, die mit Gewalt im dänischen Kriegsdienst zurückgehalten werden, an das Herz zu legen. (S. unten.) — Der Kieler Hafen ist seit mehreren Ta-

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

gen zugefroren, wird mit Eis Schlitten schon befahren und einige kleine Schiffe lassen sich nach Kiel hinein durchsetzen.

Altona, 13. Januar, Vormittags. [Telegr.] Da die dänische Zollgrenze jetzt an die Eider verlegt ist, so haben die Bundeskommissare durch eine heute veröffentlichte (schon gestern erwähnte) Bekanntmachung über die zeitweiligen Zollverhältnisse gegen das Königreich Dänemark und das Herzogthum Schleswig unter Anderem Folgendes verordnet. Dänemark und Schleswig sind vom 22. v. M. ab in Betreff der eingehenden und der ausgehenden Güter und der Schiffahrtsabgaben bis auf Weiteres dem Auslande gleich zu achten. Da die dänische Regierung rücksichtlich der Transitgüter es bei dem Bestehenden belassen hat, so soll es auch diesseits dabei verbleiben. Natürlich unterliegen diese Güter der erforderlichen Zollkontrolle. Erlaubnischeine zum Probenhandel und Konzessionscheine, die nach dem 21. v. Mts. für Dänemark und Schleswig gelöst sind, gelten für Holstein nicht. Abgaben von der Schiffahrt nach Dänemark und Schleswig sind nach den geltenden Taxen zu erheben. Der Verkehr mit zollpflichtigen Waaren zwischen Holstein und Schleswig ist landwärts nur über die Zollämter in Rendsburg und an der Kanalbrücke bei Lauenau gestattet.

Aus Kiel vom 11. wird berichtet: Eine Deputation, die Abends aus Dithmarschen eintrifft, zeichnet sich durch Massenhaftigkeit aus: sie besteht aus 300 Männern und bildet eine sprechende Illustration zu der neulich von Dithmarschen aus an den deutschen Bund gemachten Vorstellung. Die Deputationen aus den Landstrichen nehmen ihren Fortgang. Gestern waren es die Lehrerkonferenz der Grafschaft Rantzau, die Kommunen der klösterlich Prester Probstei und das Amt Rendsburg, welche den Herzog bewillkommen ließen. Heute trafen Deputationen aus dem südholsteinischen Amte Trittau und aus den Landkirchspielen der Umgegend von Elmshorn ein. Dazu außerdem sehr viele einzelne, angesehene Personen, Gutsbesitzer, Mitglieder des Landadels etc. kommen, ist selbstverständlich und es sind namentlich in den nächsten Tagen, welche die eigentlichen Geschäftstage des Umlags bilden, deren viele zu erwarten. Offizielle der früheren schleswig-holsteinischen Armee haben sich bereits in großer Zahl dem Herzoge zur Verfügung gestellt; gestern waren hier wiederum 4 derselben, darunter 1 Major, 2 Hauptleute und 1 Premierleutnant. Angesehene, in Deutschland lebende Schleswig-Holsteiner haben sich gleichfalls dem Herzoge zahlreich zur Disposition gestellt, u. A. der Professor Mommen in Göttingen und der Bürgermeister Voß in Hildesheim, ehemals Landvogt in Norderdithmarschen und in den Erhebungsjahren Minister des Innern.

Kiel, 13. Januar. Der Herzog empfing heute viele angesehene Persönlichkeiten, darunter den Grafen Reventlow-Farve, welcher sich bisher sehr reservirt gehalten.

Rendsburg, 11. Januar. Die Schanzen, oder vielmehr die teilweise bastionirten Wälle, welche die Sachsen und Dänenreicher diesseits der Eider aufwerfen, schreiten rüstig vor. Die Ausdehnung dieser improvisirten Festigungen ist nicht unbedeutend, und die Altstadt gewinnt durch sie einen etwas kriegerischeren Anstrich als bisher. Auch das Wachthaus der sächsischen Wache an der Schleusenbrücke (bei der beiläufig noch Alles beim Alten ist, was den Doppelposten anbelangt) ist jetzt auch verpallisirt worden.

Altona, Mittwoch 13. Januar, Abends. Das Zollgesetz für Holstein tritt am 15. Januar in Kraft.

Nach dem „Kieler Wochenblatt“ haben die Bundeskommissare in Altona der gestern empfangenen Deputation erwidert: Sie enthielten sich grundsätzlich jeden direkten Verkehrs mit der dänischen Regierung und müßten deshalb auch die Angelegenheit, betreffend die Zurückforderung der Holsteiner aus dem dänischen Heere, dem Bunde überlassen, dem sie wiederholt darüber Bericht erstattet. Sie seien bereit sich deshalb nochmals nach Frankfurt zu wenden und die bezüglichen Petitionen zu befürworten. Eine Auslieferung der übergetretenen Holsteiner habe nicht stattgefunden und wollten sie hierüber nochmals mit dem kommandirenden General Hake konferiren. Auf das Ersuchen der Deputation, in einer amtlichen Bekanntmachung die Holsteiner vom Fahneneid entbinden und die Übertrittenden aus amtlichen Mitteln zur Rückkehr in die Heimat unterstützen zu wollen, glaubten die Kommissare nicht eingehen zu können, denn eine solche Bekanntmachung würde nach aller Wahrscheinlichkeit sofort den Kriegsfall herbeiführen und müßten sie sich innerhalb ihrer Kompetenz halten.

Herr v. Könneriz meinte: sie seien im Ziele Alle einverstanden, könnten naturgemäß Bestrebungen, die im übrigen Deutschland erlaubt sind, nicht entgegentreten, müßten aber dringend ermahnen, das richtige Maß einzuhalten.

Hamburg, Mittwoch 13. Januar. Der Thermometer zeigte in der verflossenen Nacht 14 bis 15 Grad unter Null. Die Schiffahrt von Glückstadt ist wegen des starken Treibesses schwierig.

Neumünster, 13. Januar. Eine hier abgehaltene Versammlung von achtzig Predigern beschloß: Eine Adresse an den Hund wegen Anerkennung des Herzogs zu richten, am Freitag eine Deputation aus allen Probsteien an den Herzog zu senden, und eine Antwort auf die Adresse der deutschen Geistlichen zu erlassen.

Tönning, 8. Januar. Unsere Senatoren sind neulich bis auf zwei, und unsere Stadtdeputirten sämtlich in Folge der Verweigerung des ihnen abermals vorgelegten Hommageleides entlassen worden. Wie es scheint, giebt man sich hier viele Mühe, die beregten Vacanzen neu zu besetzen, allein ohne Erfolg, da man hier durchgehends auf andere Zeiten hofft. — Die Winterkälte hat bereits eine feste Eisdecke über die Eider gelegt, so daß ein Verkehr zu Fuß mit Holstein gestattet ist. Allein das Militär läßt am Tage keinen ohne Pass passiren, während Abends nach Sonnenuntergang jeder Verkehr zwischen beiden Ufern unstatthaft ist und eine Arrestirung der betreffenden Personen zur Folge hat. — Auch von hier aus und aus der Landschaft sind bereits an verschiedenen Tagen zahlreiche junge Leute nach Holstein und Hamburg gegangen, theils um sich vor einer erwarteten Einberufung zu schützen und theils um ihre Dienste dem Herzoge von Augustenburg anzubieten. Man glaubt hier allgemein, daß die Bildung einer neuen schleswig-holsteinischen Armee bevorsteht, obschon uns die Zeitungen nur spärlich zugehen und sonstige Nachrichten immer mit einiger Vorsicht hierher gelangen müssen, wenn Niemand kompromittirt werden soll. Ein offener Anschluß an die bisherigen Vorgänge in Holstein darf wohl erst dann erwartet werden, wenn eine Umwandlung der bisherigen Zustände eingetreten ist.

(Fzch. Nachr.)

— Der „Hamb. Corr.“ enthält folgende Mittheilung: Es ist berichtet worden, daß der Herzog Karl von Glücksburg seinem Bruder, König Christian IX. den Huldigungseid als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein geleistet hat und mit Recht hervorgehoben worden, daß das Verhalten des Herzogs im Verhältniß zu dessen früheren Aeußerungen befremdend müsse. Wir sind in der Lage zur Aufklärung in dieser Sache und über den weiteren Verlauf einige weitere zuverlässige Mittheilungen zu machen. Bei einem längeren Aufenthalt des Herzogs in Kopenhagen auf Anlaß der Beisetzung des Königs Friedrich VII. ist derselbe von dem damaligen Minister für Schleswig wiederholt zur Leistung des Eides aufgefordert und zuletzt durch das Versprechen, jede weiteren Maßregeln gegen die übrigen schleswigholsteinischen Gutsbesitzer sistiren zu wollen, wenn nur der Herzog den Eid geleistet habe, zur Nachgiebigkeit bewogen worden. Als aber diese Zusagen von dänischer Seite sofort und vollständig gebrochen wurden, hat auch der Herzog nach Kopenhagen hin erklärt, daß er sich durch den von ihm geleisteten Eid nicht weiter gebunden halte, und auf sein Verlangen ist ihm der ausgestellte Revers zurückgegeben worden. Demnach liegt von dem Chef des Fürstenhauses, dem er selbst abstammt, und dem ältesten Bruder Königs Christian IX. kein Alt der Huldigung in Betreff der Nachfolge für Schleswig-Holstein vor.

— In einem „Briefe von Drüber“ in „Dagbladet“ heißt es unter andern: Was der ältere Theil der militärischen Welt in Hartnäigkeit nicht hat einsehen wollen, stellt sich jetzt tagtäglich durch Thatsachen heraus; die holsteinischen Soldaten sind nicht zuverlässig, sondern deser tiren von ihren Regimentern und Batterien, ja die Artilleristen führen sogar Pferde und Wagen mit sich fort, wenn sich dies nur irgendwie aussühnen lässt. Einige holsteinische Gemeine vom 16. Regiment sollen Unruhe angestiftet haben und wurden vier derselben arretiert; ein Unteroffizier derselben Regiments sang „Schleswig-Holstein meerumschlungen“. Es wäre zweifelsohne (so meint „Dagbladet“) das Rathsamste, alle Holsteiner, welche dies ausdrücklich wünschen, aus dem aktiven Heere abzuberufen und nur diesenigen Soldaten zurückzubehalten, auf die man sich verlassen könne.

— Die amtliche „Venetianer Ztg.“ meldet, daß zwei Panzerfregatten in den Adriatischen Gewässern ausgerüstet werden, welche die Bestimmung haben zum Schutz deutscher Häfen verwendet zu werden. Das Blatt fügt noch hinzu, daß die beiden Schiffe schon im Laufe des Monats Februar in Hamburg eintreffen würden. Außer Hamburg soll auch Bremen einen Schritt gethan haben, um Schutz für seine Küsten zu erlangen.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. Heute beginnt im gesetzgebenden Körper die Adressdebatte. In der letzten Minute haben Plichon, Ancel, Kolb-Bernard u. c. noch folgendes Amendment zum ersten Absatz eingebracht: „Das allgemeine Stimmrecht ist die Basis unseres politischen Gebäudes. Die Regelmäßigkeit und Aufrichtigkeit seiner Anwendung sichern, heißt die Stärke der Staatsgewalt mehren. Die Erfahrung hat bewiesen, daß das Wahlgesetz vollere Bürgschaften und klarer abgefaßte Bestimmungen noch zu wünschen übrig läßt.“

— Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den an den pariser Municipalrat von Devincq erststatteten Bericht der Finanzkommission über die Finanzlage der Hauptstadt, so wie den darauf am 22. Dezember gefassten Beschuß des Municipalrates, der das Budget von Paris pro 1864 auf 151,408,942 Fr. feststellt.

— Thiers sprach heute in der Kammer beim Beginn der Adressdebatte über die innere Lage. Er drang darauf, daß die Kammer ihre volle Freiheit wieder erhalten und die ministerielle Verantwortlichkeit wieder eingeführt werden müsse. Er schloß mit der Erklärung, daß er dem Kaiserreich ohne Rücksicht seine Unterstützung verspreche, wenn dasselbe die Freiheit gebe, und daß das Land die Freiheit mit Ungehemmtheit fordern werde, wenn sie ihm nicht heute bewilligt werde, wo es dieselbe auf ehrfurchtsvolle Weise verlange.

— Auch der „Constitutionnel“ hat Nachrichten aus Madagaskar vom 29. Nov. Die gegen den Aufstand im Westen der Insel entstandene Expedition war bereits nach Tananarivo zurückgekehrt und hatte viele Gefangene und Ochsen mitgebracht. Die Gefandten der Sovas-Regierung, die nach Paris und London gehen sollen, waren schon nach Mauritius abgereist. (Wie die „France“ weiß, sind sie am 5. Dezbr. bereits auf einem englischen Schiffe nach Suez von Mauritius abgefahrun.) Ihr Sprecher ist der ehemalige Militärmann von Tamatava, Renifiratriga. In Tamatava hatte in der Nacht vom 6.—7. Nov. eine angelegte Feuersbrunst 4—500 Wohnungen zerstört. Seitdem waren noch einige Brandstiftungen versucht, aber nicht gelungen. Dem „Mémorial Diplomatique“ zufolge hätte der neue Königin-Gemahl sich sämtliche Kronjuwelien angeeignet, was eine so allgemeine Entrüstung hervorgerufen, daß ein Aufstand zu befürchten wäre.

Italien.

Turin, 9. Januar. Die Blätter der verschiedensten Stellungen sind einig in der Verwerfung des neuen Attentates gegen das Leben Napoleons III. „La Monarchia Nationale“ wie die „Discusione“, „L'Opinione“ wie „La Stampa“, „L'Italia“ wie „La Gazzetta di Popolo“, alle verwerfen den beabsichtigten Meuchelmord in den schärfsten Ausdrücken und beklagen, daß dieser ungünstige Schritt den Feinden Italiens die gefährlichsten Waffen in die Hände gegeben habe. Auf der anderen Seite hebt man mit einer gewissen Freude hervor, daß ein aufgefunderner Brief Garibaldi's seine vollständige Billigung des ver-

brecherischen Unternehmens an den Tag gelegt haben soll, und so wenig sonst die Blätter der Regierung mit diesem „unparlamentarischen Soldaten“ sympathisieren, so angenehm ist es ihnen doch, daß sie seine Hände rein von dieser Blutthat wissen. — Ein eigenthümlicher Vorfall, der zwischen dem Erzbischof von Mailand, Msgr. Caccia, und dem Kultusminister spielt, beschäftigt indeß die politisch weiter sehenden Kreise. In Folge zahlreicher Beschwerden aus seiner Diözese über die Haltung des Erzbischofs hatte dieser in Turin eine Zusammenkunft mit dem Minister, in der er Mäßigung versprach und zugleich in einem vorliegenden Halle sich bereit erklärte, einen Vikar nach dem Willen der Regierung zu ernennen. Nach Mailand indeß zurückgekehrt, hat er von Allem das Gegenteil, so daß sich dort eine allgemeine Unzufriedenheit fand gab und der Neuername sogar vor einem Volkstum das Weite suchen mußte. Der Minister des Kultus, hieron benachrichtigt, verfügte darauf, um etwaigen Interpellationen zuvorzukommen, daß aus den Regierungskassen diesem Vikar kein Gehalt gezahlt werde, außerdem aber, und das ist das Wichtigste, ließ er auf die vorrätigen Summen der erzbischöflichen Einkünfte Beslag legen! Man glaubt indeß, daß dies nur der Vorläufer strengerer Maßregeln ist, um einer Situation ein Ende zu machen, die in ihrer Art nicht länger zu ertragen sein dürfte. (R. B.)

Turin, 11. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte Petrucci an, er werde bei Gelegenheit der Debatte über das Budget des Auswärtigen das Ministerium über seine auswärtige Politik interpelliren. Die Debatte über das Brigantengesetz ward sodann wieder aufgenommen. Der Minister des Innern äußerte, indem er sich über die den verschiedenen Parteien angehörigen verdächtigen Personen aussprach, sein Bedauern über das pariser Attentat. Das Haus nahm seine Worte mit Beifall auf. Morgen wird die Debatte über den italienisch-französischen Handels- und Schiffahrts-Vertrag beginnen. — General Govone, welcher während der Anwendung der Ausnahmegesetze den Befehl über die Truppen auf Sicilien führte und sich wegen seiner Beförderung zum Generalleutnant einer Neuwahl unterwerfen mußte, ist vom Wahlbezirk der Abruzzen beinahe einstimmig zum Abgeordneten wiedergewählt worden. — Die an Bord der „Auris“ verhafteten Brigadien sind nach Neapel gebracht worden, um vor die Missen der Terra di Lavoro gestellt zu werden.

Spanien.

Madrid, 11. Januar. Der Minister des Innern hat einen das Wahlgesetz betreffenden Gesetzentwurf verlesen. Man glaubt an den nahen Ausbruch einer Ministerkrise.

Angland und Polen.

— Wie ein Warschauer Korrespondent der „St. Petersburger Zeitung“ schreibt, wurde im vorigen Monat wieder ein hervorragendes Mitglied der Nationalregierung verhaftet. Es ist dies Erasmus Swierczewski, gewesener Delegat bei dem Diktator Langiewicz, in dessen Lager er eine wichtige Rolle spielte und dem es gelungen, nach Langiewicz's Niederlage nach Warschau zu entkommen, wo er unter falschem Namen sich bis jetzt aufgehalten hatte. Die Nationalregierung hat in ihm einen großen Verlust erlitten.

— Die Petersburger Regierungsorgane bringen an der Spitze ihres nichtamtlichen Theiles und ohne Bemerkung das Warschauer Protokoll vom 24. Mai (5. Juni) 1851, worin der Czaar und der Dänenkönig, um die Ruhe Europa's dauernd zu sichern und künftigen Misverständnissen und Schwierigkeiten im hohen Hause Oldenburg vorzubeugen, wegen der Erfolge sich vereinbaren. Die russischen Vorbäume sind im Art. 3 enthalten, welcher lautet:

Um seinerseits die aus diesen Verzichtleistungen erfolgenden Rechte zu vervollständigen und so eine Kombination herbeizuführen, welche für Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrer Integrität von so hohem Interesse sein würde, werde Se. Maj. der Kaiser aller Deutschen, als Haupt der älteren holstein-gottorpschen Linie, bereit sein, zu Gunsten des Prinzen Christian von Glücksburg und der männlichen Nachkommen derselben auf die ihm zustehenden Rechte zu verzichten. Jedoch ist es selbstverständlich, daß die eventuellen Rechte der jüngeren holstein-gottorpschen Linie ausdrücklich vorbehalten bleiben werden; daß diejenigen, welche das erhabene Haupt der älteren Linie für sich und seine männliche Nachkommenchaft zu Gunsten des Prinzen Christian von Glücksburg und der männlichen Nachkommenchaft aufgeben werde, im russischen Kaiserhause wieder Kraft gewinnen würden, falls es Gott gefiele, daß die männliche Nachkommenchaft dieses Prinzen erwölken werde; daß weil die Enttagung Se. Maj. des Kaisers hauptsächlich zum Zweck hätte, eine Kombination zu erleichtern, die von den ersten Interessen des Monarchen erhebt wird, das Anerbieten einer solchen Verzichtleistung obligatorisch zu sein aufhören werde, wenn die Kombination selbst nicht zu Stande kommen sollte.

Amerika.

— [Neueste Nachrichten.] Der Dampfer „Iura“ ist von Portland in Londonderry eingetroffen und bringt Newyorker Berichte bis zum 2. d. Nach denselben hat die Bundesregierung die Nachricht, sie habe konstatiert, daß sie eine mexikanische Monarchie niemals anerkennen werde, für falsch erklärt. Die dem Kongresse unterbreitete Korrespondenz werde das wahre Sachverhältniß darlegen. — Der Kongreß der konföderierten Staaten hat ein Gesetz angenommen, wonach Personen sich dadurch vom Kriegsdienst befreien können, daß sie einen Stellvertreter schicken.

Vom Landtage.

Herrnhauß.

— Über den Gesetzentwurf, betreffend die Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, ist Seitens der vereinigten Kommissionen des Herrenhauses für Justiz- und für Handels- und Gewerbeschafen Bericht erstattet worden. Mit Rücksicht darauf, daß der gedachte Entwurf in der vom Herrenhause in der vorjährigen Session beschlossenen Fassung Seitens der königl. Staatsregierung jetzt dem Abgeordnetenhaus vorgelegt worden und dort unveränderte Annahme gefunden hat, haben die Kommissionen auch dem Herrenhause die Zustimmung zu demselben vorgeschlagen.

Auch bezüglich der wegen Abänderung des Bolltariffs untertit. 20. Sept. v. J. provisorisch erlassenen Verordnung ist Seitens der Kommissionen für Finanzen und für Handel die nachträgliche Genehmigung des Herrenhauses beantragt worden. Hinsichtlich der vom Hause der Abgeordneten bei Verhandlung dieser Vorlage gleichzeitig beschlossene Resolution: die Königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß bei der Feststellung des neuen Boll-Tarifs das Prinzip der allgemeinen Eingangs-Abgabe in Wegfall gebracht werde, ist dagegen vorgebracht worden, derselben nicht beizutreten, da es nicht räthlich erscheint, in die obzw. wiederaufzubebende Verhandlungen wegen Fortsetzung des Bollvereins, durch Aufstellung eines solchen Prinzips einzutreten.

Die Berathung der vorbezeichneten Berichte, so wie des Berichts der Geschäftsbüro-Kommission wird in der nächsten, auf Sonnabend, den 16. d. M. anberaumten Sitzung des Herrenhauses erfolgen.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 12. Januar. [25. Sitzung Schluf.] Abg. Schulze Berlin: Die patriotischen Gefühle für das Heer sind im ganzen Lande vorhanden, ohne vom Ministerium angeregt zu werden, und ich denke, daß die

Majorität des Volkes und dieses Hauses, welche auf gleichen Standpunkte stehen, genug ihrer Söhne zur Armee stellt, um auch ohne die patriotischen Neigungen durch die Bande des Bluts zu Sympathieen für die Armee angeregt zu werden. Wie aber der Kriegsminister aus der Befreiung dieses Gegenstandes einen Grund zu einem so bestigen Angriffe bat entnehmen können, sehe ich nicht ein. Wenn man berücksichtigt, daß gegen unsere Bevölkerung seit Jahren viele Millionen für die Armee ausgegeben worden sind, so muß man es natürlich finden, daß wir jetzt fragen, warum man damit nicht zuerst den kleinen Mängeln abgeholfen hat. Der Kriegsminister hat an das Land und die öffentliche Meinung appelliert; es wäre nur zu wünschen, daß die Rückicht auf die öffentliche Meinung auch in anderer Beziehung die Schritte der Regierung leite. (Sehr wahr!) Ich glaube nicht, daß das Mitglied eines Ministeriums, welches sich so wenig um die öffentliche Meinung kümmert, sich nach all den vielen, jedem konstitutionellen Bruch widersprechenden Auflösungen mit großem Erfolge auf die öffentliche Meinung berufen kann.

Kriegsminister v. Roos: Der Vorredner hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich mich nicht auf die öffentliche Meinung stütze; ich glaube, daß ich eine unparteiische Klärung der Verhältnisse nicht zu scheuen brauche, um das aber, was sich vorzugsweise als die öffentliche Meinung zu gerieren pflegt, die vorlaute Presse, um diese bitte ich nicht. Uebrigens gilt bei uns die preußische Verfassung. — Abg. Graf Schwerin: In der Sache sind alle Parteien einverstanden, so daß es sich nur um die Form handelt; der Kommissions-Antrag sagt nur die Solderhöhung in Zusammenhang mit der Präsenzstärke, während der Hahn'sche Antrag sie unabhängig fordert. Wenn die Sympathie für die Armee sich im ganzen Lande so lebhaft zeigt, so ist es gewiß gerechtfertigt, daß der Kriegsminister sich ausdrücklich erklärt. — Abg. Löwe (Böhm): Es thut mir leid, daß meine Ausführungen zu einer so aufregenden Scene Veranlassung gegeben haben, es ist dies das erste Mal, daß dies vorgetragen wird, und darauf kann ich mich wohl berufen, wenn ich versichere, daß mich nicht Leidenschaft gegen den Kriegsminister, sondern Liebe und Interesse für unsere Soldaten geleitet. Ich habe nicht gewünscht, den Kriegsminister anzugekreuzen, denn ich weiß wohl, daß es viele alte Mängeln gibt, die sich nicht gleich beseitigen lassen. Ich wollte auf das Prinzip zurückkommen, daß man die Armee nicht vermehren soll, wenn man nicht im Stande ist, sie gehörig auszurüsten, und darauf habe ich noch keine Antwort erhalten. Was meinen Patriotismus, den der Herr Kriegsminister anweist, anbelangt, so habe ich Gelegenheit gehabt, ihn unter Roth und Entbehrung zu beweisen.

Kriegsminister v. Roos: Ich habe den Patriotismus des Vorredners in seinem Sinne niemals bezweifelt, wenn er von Dingen spricht, welche er gebracht hat, und wichtig, daß ich auch Gelegenheit finde, den Referenten auf einige Äußerungen zu antworten; ich behalte mir dies vor.

Bei der Abstimmung wird der Hahn'sche Antrag, für den auch die Liberalen stimmen, verworfen, der Kommissionsantrag angenommen.

Gegen die im Tit. 20 beantragte Abhebung von 2,337,620 Thlr. wendet sich der Abg. v. Richthofen, der indeß bei der großen Unruhe im Hause gänzlich unverständlich ist. — Abg. Löwe (Bielefeld): Ich habe Gelegenheit, aus meinem Wahlkreise Bielefeld Mitteilungen zu machen, wie es sich mit dem angeblich durch die Neorganisation herbeigeführten Erleichterung verhält. Bei der Mobilisierung der 13. Division sind Familienräder, die lange nicht mehr an Aushebung dachten, ausgehoben worden. Die diesmalige Mobilisierung war weit mehr fühlbar, als die früheren. Die Gefüge der Landwehrmänner wurden außerdem dadurch verletzt, daß die Vorladungen nicht mehr wie früher an den „Wehrmann“ so und so gerichtet waren, sondern an den „Musketier“ u. s. w., ferner durch eine Anrede des Oberst v. Francois, worin er die ganze Fortschrittspartei als Feinde des Königs darstellte, endlich, daß sie das alte ehrwürdige Landwehrkreuz abnehmen sollten (hört, hört!). Ich möchte doch wohl wissen, ob diese Maßregel eine einseitige des Oberstleutnants Francois, oder eine allgemeine vom Kriegsminister angeordnete sei. Im letzteren Falle wäre die Absicht ganz klar und man würde nicht mehr über den wichtigsten Punkt der Neorganisation im Zweifel sein. Früher, wenn der Ruf des Königs zur Landesverteidigung an die Landwehr ging, da waren die Wehrmänner mit Begeisterung dazu bereit, da man wußte, daß alsdann das Land wirklich bedroht sei; bei solchen Maßregeln dürfte man sich aber nicht wundern, wenn die alte Begeisterung nicht mehr vorhanden ist (Bravo!) — Reg. Kommissar Oberst v. Böse bei seiner letzten Stimme sehr schwer verständlich vertritt Namens der Regierung die Aufführung der Recherchen hinsichtlich der Abnahme der Landwehrkreuze, über welche ihm noch nichts bekannt sei. — Abg. Stavenhagen tritt den Ausführungen des Abg. Richthofen entgegen, insowen sich dieselben auf die exorbitanten Aushebungen bezogen haben.

Der Kommissionsantrag wird mit großer Majorität angenommen.

Die von der Kommission beantragte Abhebung von 1300 Thlr. für einen zur Militärreitschule kommandirten Rittmeister I. Klasse wird vom Regierungskommissar Oberst v. Böse aus Gründen des Bedürfnisses bekämpft, von Abg. Stavenhagen befürwortet und schließlich mit großer Majorität genehmigt. Im Abchnitt III. derselben Position hat die Kommission mit allen gegen 7 Stimmen den Antrag gestellt: „die Gehälter für die neu freierten Regimentskommandire bei den Artillerie-Brigaden mit 22,600 Thlr. nicht zu bewilligen.“ Der Regierungskommissar Oberst v. Böse und der Kriegsminister bekämpfen diesen Antrag, der geeignet sei, die neue Organisation der Artillerie zu erschweren. Sie weisen namentlich darauf hin, daß der Geschäftskreis der Artillerie-Brigadiers sich wesentlich dadurch verstärkt habe, daß bei jeder Brigade eine Batterie neuerrichtet und mehrere neue Festungsabteilungen gebildet worden seien. Abg. Stavenhagen: er habe sich stets für die Vermehrung der Artillerie und des Ingenieurkorps interessiert, und meine sogar, daß ihnen auch bei der neuen Organisation noch lange nicht die gebührende Rücksicht widerfahren. Er befürwortet indeß den Kommissionsantrag, da die betreffenden Stellen nach seiner Ansicht nicht nötig, sondern sogar nachteilig seien und spricht sich gegen die übermäßige Kontrolle aus. — Der Kriegsminister, indem er den allgemeinen Bemerkungen des Vorredners beitrifft, widerprüft seinen Schlussfolgerungen. — Ref. Abg. v. Böerst: Der Antrag der Kommission beziehe sich nicht auf die Organisationsosten, sondern auf die neue von allen militärischen Sachgemäßen gewünschte Organisation der Artillerie und glaube er auch als Referent kein Gewissen darin salvieren zu müssen, daß er das Haus bitte, dem Kommissionsantrag nicht beizutreten, da er die geforderte Mehrausgabe für nötig halte. Der Vorredner der Budgetkommission, v. Bockum-Dolfs, sowie der Abg. v. Schildt protestiert im Namen der Budgetkommission dagegen, daß der Referent einen Antrag vertheidigt, welcher den von der Kommission gefassten Beschlüssen widersetzt. — Der Ref. v. Böerst erklärt, er habe damit nur sein persönliches Votum abgeben wollen, dessen Freiheit er sich unter allen Umständen wahren werde. — Präsident Grabow: Der Herr Präsident als solcher trägt zuerst die Anträge der Kommission vor. Nachher bleibt es ihm unverwehbar, als Abgeordneter auch seine eigene Meinung auszutreten. — Abg. v. Bockum-Dolfs: Der Herr Präsident hat das Haus aufgefordert, gegen den Kommissionsantrag zu stimmen, während er als Referent sprach; dazu bat er kein Recht. — Bei der Abstimmung ergiebt sich durch Prohe und Gegenprobe eine kleine Majorität für die Bewilligung der 22,600 Thlr.

Die übrigen Positionen des Tit. 20 werden, dem Kommissionsantrage gemäß, abgelehnt, trotz der Ermahnung des Abg. Graf Wartenbleben, das Haus möge an dieser Stelle die in den einzelnen Positionen beschlossene Streichung von zusammen 2,362,000 Thlr. gleichsam durch Definition einer Hinterthürze wieder aufheben; Art. 3. des Ges. vom 14. Sept. 1814 befiege ja, daß die Stärke des Heeres nach dem jedesmaligen Bedürfnisse bestimmt werden solle; und die gegenwärtigen Verhältnisse seien doch gewiß andere und haben andere Bedürfnisse, als in gewöhnlichen Zeitenständen.

Die folgenden Positionen, bis Tit. 23 incl., werden ebenfalls ohne Debatte „den Kommissionsanträgen gemäß“ erledigt, obgleich der Abg. von Mischke-Collande die Bewilligung von 193 Thlr. Nationsbedarf für den Direktor der neuen Kriegsschule in Eingers unter Hinweis auf die Überfüllung der übrigen Kriegsschulen des preußischen Staates befürwortet.

Berlin, 13. Januar. [26. Sitzung.] Die Tribünen sind nur spärlich besetzt; am Ministerische: anfänglich nur mehrere Regierungskommissare, später die Minister v. Noor und v. Bodelschwing.

Präsident Gräbner eröffnet die Sitzung kurz nach 10½ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mitteilungen. — Die gestern beschlossene Kommission zur Vorberatung des v. Rönne'schen Antrags, betreffend die Kartellkonvention mit Russland, ist gewählt worden und besteht aus folgenden Mitgliedern: v. Carlowitz (Vorsitzender), Pfützner (Stellvertreter des Vorsitzenden), Leut (Schriftführer), Dr. Hummel (Stellvertreter des Schriftführers), v. Bonin, Gersdorf, Bresgen, Blochmann, Thomé, Schröder, Cornewyl, Dr. Ewerth, Bassenge (Laurian) und Gerth.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung und genehmigt dem Antrag der Abtheilung gemäß die Wahl des Abg. Meißner im 3. Königssberger Wahlbezirk, an Stelle des Abg. Dr. Möller, welcher abgelehnt hat.

Von dem Abg. Dr. Becker (Dortmund) ist folgender Antrag eingebroacht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle erklären: Es ist dringend notwendig, daß die Königliche Staatsregierung auch auf die Beschaffung solcher Kleidungsstücke Bedacht nehm, welche dem Heere bei einem Winterfeldzuge nothwendig sind.“ — Der Antrag wird ausreichend unterstutzt. — Abg. v. Rönne: Von Seiten der Landesvertretung ist schon wiederholt eine Erhöhung der Besoldung in unserer Armee beantragt worden; in den bisher durchverthearten 24 Titeln sind der Staatsregierung schon über 300,000 Thlr. mehr für das Heer bewilligt worden, und dennoch müssen wir vernehmen, daß unsere Truppen Mangel leiden an den nothwendigsten Kleidungsstücken. Da, der Abg. v. Hoyerbeck hat uns gestern sogar Mittheilungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß die Verwaltung sich an die öffentliche Wohlthätigkeit gewandt habe, um diesem Mangel abzuheben. Wenn diese Thatache in den Staaten, mit denen wir eine Militärkonvention abgeschlossen haben, allgemeine Aufregung hervorrast, so darf man sich nicht wundern; denn wie soll Preußen die selben erforderlichen Falls schützen, wenn es ihm jetzt schon an Bekleidungsstücken für seine Truppen fehlt? Dies ist aber nicht allein bei den nach Holstein ausgerückten Heeresabtheilungen der Fall, sondern eben so sehr bei den an der polnischen Grenze stehenden Truppen; denn auch von dort her appellieren Frauen an den Patriotismus menschentümlicher Herzen, damit dem „Bedürfniß“ abgeholfen werde. Dasselbe Bedürfniß bertheke endlich auch bei den an der Jade Garnisonen, wie sich aus den Umständen ergiebt, daß der Magistrat von Düsseldorf beschlossen hat, für das dortbin ansrückende Bataillon sofort 100 Thlr. zu spenden und außerdem Sammlungen zu veranstalten. Der Herr Kriegsminister hat uns gestern zwar gejagt, Jeder, der auch nur die geringste Einsicht in die Militär-Verwaltung besitzt, müsse eingestehen, daß in der ausgiebigen Weise für die Truppen gesorgt sei; damit stehen indeß die Thatachen und des Herrn Kriegsministers eigenes Schreiben an den patriotischen Verein in Widerspruch. Denn in diesem Schreiben räumt er das Bedürfniß geradezu ein und führt die Blödigkeit des Falles als Entschuldigung an, und daß ohne patriotische Mitwirkung des Volkes dem Bedürfnisse nicht genügend begegnet werden könne. Die einfachen Fakta liefern den Beweis, daß wirklich ein Mangel vorhanden ist. Wenn wir nun auch die Zwecke nicht kennen, für welche unsere Truppen in die Herzogthümer geführt werden, so sind sie doch unsere Söhne und Brüder, daß sie nicht erfrieren. Es fragt sich nun, ob hier der Staat allein einzudringen oder ob zu außerordentlichen Mitteln greifien werden sollte. Der Herr Kriegsminister hat uns gestern auch von dem reichlichen Bustörmen der patriotischen Beiträge gesprochen unter besonderem Hinweis auf die spärlichere Theilnahme der Nation an gewissen anderen, von der Presse vorausgefahrt empfohlenen Sammlungen. Aber mit diesem „reichen Bustörmen“ steht sein Schreiben an den patriotischen Verein zu Halle nicht ganz im Einklang, in welchem er sich über die Gleichgültigkeit des Publikums für diese Angelegenheit wundert und ausdrücklich an den Patriotismus appellirt. Allerdings meine ich auch, daß Jeder verständigt sei, nach Kräften auf Beteiligung der vorhandenen Münstände hinzuwirken. Wirkliche, nachhaltige Hilfe ist aber nur denkbar und möglich, wenn man sich nicht, wie der Kriegsminister, auf einen speziell-preußischen Standpunkt stellt und den bevorstehenden Kampf als einen lokalen betrachtet, sondern man muß die uns gegenwärtig so tief beübrende Frage, so wie wir und mit uns, meine ich, die große Majorität der Nation es thut, als eine deutsch-nationale betrachten. Wir glauben, daß mit Schleswig-Holstein zugleich die politische Größe und Einheit Deutschlands geopferzt werden; diese Größe und Einheit aber sind das große uns vorwürfende Ziel, nicht die Steigerung des politischen Gewichts der beiden sogenannten deutschen Großmächte, welche durch ihre unedle Politik in der schleswig-holsteinischen Frage, durch ihr Pothen auf ihre europäische Großmachstellung und durch ihr Festhalten an dem Londoner Vertrage zur Geringe dokumentirten, daß ihnen nicht das Wohl und Webe des gefaminierten deutschen Vaterlandes und der deutschen Nation am Herzen liegt, sondern daß sie nur bedacht sind auf Vermeidung und Erhöhung ihrer Haushaltung, — und gebe darüber auch das deutsche Vaterland zu Grunde! — Uebrigens glaube ich nicht, daß ein bloßer Appell an die Mildthätigkeit ausreichend werde; ich glaube aber, daß es unerlässlich sei, daß unsere Truppen bei der herrschenden Jahreszeit sofort besser gekleidet werden; und wenn nur der Kriegsminister die Erklärung abgäbe, daß er ihm zu bewilligenden Summen ausschließlich für diesen Zweck verwenden wolle und werde, so würde Niemand an eine Verweigerung derselben denken.

Abg. v. Vincke-Olbendorf gegen den Antrag: Wenn er auch mit der Tendenz und den Zielen derselben einverstanden sei, so liege dem Hause doch die geistige Erklärung des Kriegsministers vor, daß er für die Truppen Alles gethan habe, was nötig sei. Der Antrag scheine vorauszusezen, daß die Kleider der Soldaten immer für den Winter eingerichtet sein müßten; es sei aber eine Wintercampagne nur die Ausnahme, und man wolle die Bekleidungsgegenstände doch nicht den Motten preisgeben. Es fragt sich nur, ob die Militärverwaltung im vorliegenden Falle ihre Vorbereitungsmethoden rechtzeitig getroffen habe. Thatache sei übrigens, daß wenige Militärverwaltungen in Europa so trefflich seien, wie die unsrige; daß aber auch bei den besten möglichkeiten eintreten können, lehre das Beispiel Englands während des Krimmrieges. Der Antrag selber sehe ihm aus, als habe er bloß den zweit politischen Kapital zu machen. — Der Regierungskommissar erklärt, der Antrag möchte gestern vielleicht am Platze gewesen sein, heute gestellt, erscheine ihm derselbe verspätet und grundlos, da der Herr Kriegsminister sich gestern schon vollständig darüber ausgesprochen habe, daß alles Notwendige für die Truppen seinerseits geschehen sei. Auf die speciellen Mittheilungen, welche durch den Abg. v. Rönne dem Hause gemacht worden, könne er sich deshalb nicht einlassen, sondern nur noch hinzufügen, daß für die nach Holstein gesandten Truppen eine vollständige Fürsorge getroffen worden sei, und zwar nicht bloß von gestern auf heute, sondern von Anfang an. Von Mangel an Fürsorge könne unter keinen Umständen die Rede sein. — Der Präsident bemerkt, der Abg. Dr. Becker habe in der That seinen Antrag schon gestern, als das Haus mit Position XVIII. des Staats beschäftigt war, eingebroacht. Der gestern in Berathung stehende Gegenstand sei aber noch nicht kongruent gewesen mit dem Inhalte des Antrages; dies sei erst heute der Fall, und deshalb habe er den Antrag erst heute mitgetheilt. — Abg. Dr. Becker (Dortmund): Ich würde meinen Antrag haben fallen lassen können, wenn der Kriegsminister nicht gestern unsern Partei mit so außerordentlichen Insinuationen bedacht hätte. Ohngeachtet seiner Auslassungen steht doch die Thatache fest, daß preußische Truppen in Winterquartiere haben rücken müssen, ohne für diese Jahreszeit gehörig ausgerüstet zu sein. Wenn gesagt worden, daß eine solche Ausrustung stets Zeit erfordere, so wäre doch bei der starken Fabrikation Deutschlands an groben wahren Waaren dem sehr schnell abzuheben gewesen. Der Vorredner hat auf die außerordentlichen Mängel der englischen Militärverwaltung hingewiesen, um darzutun, daß vergleichsweise in allen Armeen vorkommen können; aber die Vorwürfe im Krimmrieg sollten uns vielmehr als warnendes Beispiel, denn als Trost dienen. Der Antrag hat nicht den zweit politischen Kapital zu machen, sondern er soll dem Land zeigen, daß wenn wir auch große Summen vom Militäretat streichen, wir doch keine Ersparnisse auf Kosten der Gefundheit unserer Soldaten machen wollen, damit wir nicht am Ende auch für deren Mängel verantwortlich gemacht werden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag des Abg. Dr. Becker angenommen. Dagegen stimmen die Konservativen, die Katholiken und die Altliberalen.

Der Antrag der Kommission zu Tit. 39, 350 Thlr. Gehaltszulagen für einen zweiten Präses der Remonten-Aufkaufskommission abzuweisen, wird vom Regierungskommissar bekämpft, von dem Abg. v. Saucken-Tarpenich und dem Ref. Abg. v. Baerst unter Hinweis auf den bereits mitgetheilten Beschluss des Abgeordnetenhaußes vom 17. September 1862 vertheidigt und schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Die folgenden Titel werden den Anträgen der Kommission gemäß ohne Diskussion angenommen; eine Ausnahme macht nur der Posten, welcher die Beiträge an Wohnungs- und Stallservis für die neucreierten Regiments-

Kommandeure der Artilleriebrigaden enthält, da, nachdem das Haus gestern das Gehalt für diese Stellen bewilligt hat, heut auch diese Kosten genehmigt werden müssen.

Die Kommission beantragt ferner: die Ausgaben für die Kadettenhäuser aus den Tit. 44 und 45 auszuscheiden und in besondern Titeln aufzuführen. Der Regierungskommissar macht auf die Schwierigkeit für das Kassenwesen bei Vermehrung der Titel aufmerksam; das Haus genehmigt den Kommissionsantrag. — Bei dem folgenden Antrage der Kommission: auf Absezung der Ausgabe für 5 neue Stellen (ein etatsmäßiger Stabsoffizier und vier Premier-Unteroffiziere) mit 3600 Thlr. bemerkt der Regierungskommissar, daß diese Stellen keine neuen seien, und es sich hier nur darum handle, etwas abzufügen von einem Etat, den früher nicht in der Weise vorgelegt worden. Das Kadettenkorps beansprucht Seitens des Staates keine Zuflüsse, es erhalte sich aus seinen Einnahmen selbst. Das Kadettenkorps könne nicht ohne Kommandeur sein. — Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Ohne Diskussion genehmigt das Haus den Antrag der Kommission: „Die Reg. Staatsregierung aufzufordern, endlich den Entwurf eines Militärfustusgesetzes vorzulegen.“

Nachdem so die einzelnen Posten des Militärbudgets erledigt sind, stellt sich der Gesamtetat im Ordinarium folgendermaßen: Die Regierungsvorlage zeigt an Einnahmen 565,416 Thlr., davon sind nach den Anträgen der Kommission 544,373 bewilligt, 20,706 Thlr. als Neorganisationsosten abgeleistet und verworfen, und 337 Thlr. im Ordinarium abgesetzt worden. Als Ausgabe führt die Regierungsvorlage 37,845,135 Thlr. an, während nach den Kommissionsanträgen nur 32,189,608 Thlr., einschließlich 155,347 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. als künftig wegfallend im Ordinarium verwiesen und darauf bei nematischer Abstimmung mit 280 gegen 35 Stimmen verworfen. Es stimmen für die Bewilligung: v. Aułod, Graf Bethmann-Huic, v. Brockhausen, Graf Büna, v. Busse, v. Denzin, v. Elsner, Engelbrecht, Graf Finck v. Finckenstein, Foisiag, Franz, Gabn (Ratibor), Frhr. v. Heydt, Jaenisch, v. Jagow, v. Rathen, Kratz (Schlawe), Kunde, v. Mettiche-Collande, v. Niedelius, v. Osten, Graf Pfuel, Frhr. v. Richthofen, Romahn, v. Roon, Schnapf, Graf Franken-Sierstorff, Simson, Graf Strachwitz, v. Schadow, Frhr. v. Vincke-Olbendorf, v. Waldow-Reisenstein, Graf Wartenbleben, v. Weiher und Woepke. — Mit dieser Abstimmung ist auch die vom Abg. v. Vincke beantragte Resolution gefallen und tritt das Haus, welches sich sehr leert, in die Beratung des Extraordinariums des Militärbudgets ein.

Bei dem ersten Posten des Extraordinariums: 85,800 Thlr. zur Herstellung eines über die östlichen Provinzen des Staates zu legenden trigonometrischen Netzes, dessen Nichtbewilligung die Kommission beantragt, entzündet sich eine längere Debatte, in der zunächst Abg. v. Vincke-Olbendorf das Wort gegen den Kommissionsantrag erhält. In einem ausführlichen Vortrage legt derselbe die historische Entwicklung der in Hede stehenden Angelegenheit dar, indem er dem Hause Mittheilungen aus verschiedenen Berichten und Schriften macht, welche zum Theil bis in das Jahr 1808 zurückreichen. Er beruft sich auf Äußerungen Alexander v. Humboldt's und besonders auf die Autorität des Generals Bayer, welche in ganz Europa Geltung habe, und sucht nachzuweisen, daß von Seiten der Staatsregierung die Sache nur nicht in der rechten, dem Zwecke entsprechenden Weise angegriffen worden sei. Er schlägt deshalb an Stelle des Kommissionsantrages den Entwurf eines Militärfustusgesetzes vor, — die 85,800 Thlr. zu bewilligen, und dabei die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die Ausführung einer wissenschaftlichen Kommission übergebe.

Zwischenzeitlich hat Vicepräsident v. Unruh den Vorsitz übernommen. Abg. Stavenhagen für den Kommissionsantrag: in der Kommission sei Niemand gewesen, der sich nicht lebhaft für die Sache interessirt hätte, allein nach den an die Kommission gelangten Mittheilungen der Staatsregierung habe die Kommission nicht die Überzeugung gewonnen können, daß dieser große Gegenstand in einer Weise ausgeführt werden würde, wie es die Höhe und Würde der Wissenschaft verlange. Derselbe gehöre eigentlich auf den Etat des Kultusministers, und er empfiehlt dem Hause, das Verlangen an die Regierung zu richten, daß dieselbe die Art der Ausführung nochmals und besser überlege, und dann die Sache auf den nächsten Etat bringe. Der Regierungskommissar bestimmt die Bewilligung. Diese Sache scheint ihm hier lediglich zur Personenfrage geworden zu sein, und in dieser Beziehung erachtet er die Rechtfertigung des Kriegsministeriums und der Regierungskommission hinsichtlich der Behandlung des vorliegenden Gegenstandes. — Der jetzt schriftlich eingebrachte Antrag des Abg. v. Vincke findet ausreichende Unterstützung. — Demnächst erhält der Abg. Harkort das Wort gegen diesen Antrag. Haderer ist auf den Tribüne völlig unverständlich. — Abg. Körst spricht für den Kommissionsantrag, weil man durch die Verweigerung des Geldes auf ein Jahr die Ausführung nicht wesentlich aufhalte, sondern im Gegenteil fördern werde, indem man es dann in die rechten Hände lege. — Abg. Michaelis hält keinen in der Kommission gestellten Antrag aufrecht, „die Staatsregierung aufzufordern, alljährlich bei Vorlegung des Staatsbaubalts in einer besonderen Denkschrift über den Fortgang der Herstellung eines über die östlichen Provinzen des Staates zu legenden trigonometrischen Netzes dem Landtag ausführlich Auskunft zu geben.“ Er macht auf die Notwendigkeit der Ausführung der Landesbedeckung aufmerksam, damit Preußen nicht unnötiger Weise in dieser Beziehung hinter den andern großen Staaten zurückstehe. Aus der Ablehnung der Summe entstehe nicht nur eine Verzögerung auf ein Jahr, sondern es werde wieder eine Kommission zusammengestellt und Jahre lang über einen Plan berathen, um so die Sache auf lange Zeit hinausgeschoben werden. — Abg. Stavenhagen hält trotz der Ausführungen des Regierungskommissars und des Vorredners die Annahme des Kommissionsantrages für wünschenswerth. — Der Regierungskommissar bestreitet die Aussicht des Generalstabes gegen einige Äußerungen, welche Zweifel an der Tüchtigkeit des Generalstabes zur Ausführung dieses Werkes ausdrücken.

Nachdem darauf der Schluss angenommen, vertheidigt der Referent v. Baerst noch einmal den Kommissionsantrag, worauf bei der Abstimmung im Hause die beiden von Vincke und von Michaelis beantragten Resolutionen angenommen werden und worauf auch die geforderte Summe von 85,000 Thlr. zum Wiederaufbau des abgebrannten Kormagazins in Berlin 80,000 Thlr. des Fouragemagazins 7130 Thlr., zur Befestigung des Neubaus der Kriegsbäckerei in Danzig 7419, zur Befestigung des Neubaus der Kriegsbäckerei in Posen 12,340 Thlr., zum Ersatz der beim Brande des Garisonstales in Grottau verloren gegangener Bekleidungs-Sollbestände der drei reitenden Batterien der schlesischen Artilleriebrigade Nr. 6. 5100 Thlr., zum Bau einer Defensionsfaserne für ein Infanteriebataillon in Magdeburg 100,000 Thlr. zum Bau eines Lagerments in Danzig 80,000 Thlr. Bei Titel 9 beantragt die Kommission die Nichtbewilligung der verlangten 30,000 Thlr. zum Bau eines Kavallerie-Lagerments in Königsberg. Der Regierungskommissar und der Abg. Wartebüle bei den Konservativen den Kommissionsantrag aus Zweckmäßigkeitsgründen, während der Abg. Stavenhagen und der Referent das Bedürfnis bestreiten, worauf die beantragte Summe mit der gewöhnlichen Majorität gestrichen wird. Die in den Tit. 10 und 11 verlangten 135,000 Thlr. zum Bau eines neuen zusammenhängenden Konservements für das Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiment Nr. 2 in Berlin und 40,000 Thlr. zum Bau eines zweiten bombenfesten Garisonlazareths in Königsberg 1. Pr. werden bewilligt. Bei Titel 12 beantragt die Kommission die Nichtbewilligung der zum Bau eines Garisonlazareths in Jülich verlangten 25,000 Thlr.

Gegen den Kommissionsantrag wendet sich der Abg. Bluhm, indem er aus seinen eigenen Erfahrungen nachzuweisen sucht, daß die im Kommissionsbericht aufgeführten Gründe, namentlich, daß Jülich sehr ungefähr gelegen sei und es daher leicht in Frage kommen dürfe, ob es nicht angemessen sein möchte, die Garnison überaupt von dort zu verlegen oder doch wenigstens zu verringen. Der Regierungskommissar tritt seinen Ausführungen bei. Abg. Birchow und der Referent treten denselben entgegen und vertheidigen den Kommissionsbericht, worauf der Antrag der Kommission angenommen wird. Die übrigen Positionen des Staats werden sämtlich nach den Anträgen der Budgetkommission bewilligt, und am Schlusse die ganzen Summen des Extraordinariums mit 1,471,09 Thlr. bewilligt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der XIII. Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung des Kontraktions- und Hypothekenwesens im Bezirk des Justizamts zu Ehrenbreitstein. Der Justizminister Graf zur Lippe spricht der Kommission seinen Dank für die Gründlichkeit aus, mit welcher derselbe der ihr gestellten Aufgabe nachgekommen sei, und erklärt, daß die Regierung die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen acceptire. — Hierauf wird der Gesetzentwurf ohne weitere Debatte angenommen. Gegen die Gesetzentwürfe, betreffend die Einführung der Konkursordnung vom 8. Mai 1858 und des Gesetzes über die Befugnis der Gläubiger zur Auflösung der Rechtschändlungen zahlungsfähiger Schuldner außerhalb des Konkurses vom 9. Mai 1855 in dem Bezirk des Justizamts zu Ehrenbreitstein und wegen Aufhebung des lex Anastasiana in den Landesteilen des gemeinsamen Rechts.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und der Präsident schließt die Sitzung gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften etc., die Abänderung des §. 13 des östlichen Provinzialrechts, Bericht der Justizkommission über das Schreiben des Staatsministeriums in Bet्रeit der Preßverordnung und der nachträgliche Bericht der Justizkommission über die Freilassung der polnischen Abgeordneten.

Die Anteilekommission wird ihren Bericht wohl erst am Sonnabend feststellen, keinesfalls vor Freitag; die Plenarberathung wird also schwierig vor Donnerstag in fünfster Woche stattfinden.

Die Militärkommission hat gestern die Generaldebatte beendet. Die einfache Ablehnung der Militärnovelle in der Kommission ist unzweifelhaft; eine formelle Ablehnung hat noch nicht stattgefunden.

Die Justizkommission des Hauses der Abgeordneten hat über das Schreiben des Staatsministeriums gestern wegen Aufhebung der Preßverordnung nummer 11 Bericht erstattet. Referent Abg. Pfützner. Der mit 13 gegen 1 Stimme beschlossene Antrag geht dahin, zu erklären: Das in An-

febung der Allerh. Verordnung vom 21. November 1863 (durch welche die Preisverordnung aufgehoben wurde) von der königl. Staatsregierung eingehaltene Verfahren entspricht dem bestehenden nicht, insfern

1) die Verordnung vom 21. November 1863 in Gemäßheit des Art. 63 der Verfassung erlassen worden, während auf diesen Artikel der Verfassungs-Urkunde hin — auch unter Voraussetzung aller anderweitigen Erfordernisse derselben — königl. Verordnungen vorangehen dürfen, insfern die Kammern nicht versammelt sind;

2) die Verordnung vom 1. Juli 1863, betreffend das Verbot von Beisetzungen und Beerdigungen, deren Geltung, selbst wenn sie den Erfordernissen des Art. 63 im Uebrigen entsprochen hätten, jedenfalls durch deren von Einem Haufe des Landtages ihr verfügte Genehmigung, also mit dem 19. November 1863 erfolgten war, in der Verordnung vom 21. November 1863 als erst durch diese und mit dem 21. November außer Kraft bezeichnet wird — und das Präsidium des Hauses zu beauftragen, diese Erklärung dem königl. Staatsministerium mitzuteilen".

— Wegen des angeblichen Erbansprüche Russlands in Schleswig-Holstein ist das Nähere, nach der Rede des Abg. Tweten, folgendes:

In dem vom Großfürst Paul erlassenen, amtlich in Seel publicirten offenen Briefe, d. d. Barsko-Selo 20/31. Mai 1773, heißt es:

"Wann wir nun solchen nach sothonen unsern bisherigen Anteil an Ihr Königl. Maj. zu Dänemark und Norwegen und Dero männliche Descendenten, wie auch in das gesamte Königl. Dänemarkische Erbhaus männlichen Stammes eigentlich cediret und übertragen haben, als mandren und befehlen wir — daß Ihr von nun an höchstgedachte Ihr Königl. Maj. zu Dänemark und Norwegen und Dero männliche Descendenten wie auch das gesamte Königl. Dänemarkische Haus männlichen Stammes für Eure alleinige gnädigste Landesherren erkennet."

Eine gleichlautende Bekanntmachung erließ der König von Dänemark. Hier nach sind also die bis dahin Gottorpichen oder russischen Landesteile nicht an die in Dänemark allein erberechtigte ältere königliche Linie, sondern ausdrücklich an das ganze königliche Haus männlichen Stammes übertragen worden, d. h. einschließlich der jüngeren königlichen oder Sonderburgischen Linie, deren älterer Zweig das Augustenburger Haus ist, nicht nach dem dänischen Königsgesetze, sondern nach den schleswig-holsteinischen Primogenitur-Statuten, so daß von russischen Ansprüchen vor den Augustenburgern gar nicht die Rede sein kann.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. Januar. Auch gestern haben hier wieder mehrere Haussuchungen stattgefunden, über deren Resultat nur so viel verlautet, daß man der Existenz eines Exekutivausschusses der polnischen Nationalregierung auf die Spur gekommen ist.

Der Literat Dr. Szule ist allerdings vorgestern hier verhaftet worden, ebenso der Gutsbesitzer Zygmunt v. Wyhlinski aus dem Wreschener Kreise.

Der "Dziennik poz." bestreitet den politischen Charakter des am 11. d. Mts. hier verübten Attentats. Dies war zu erwarten, da es in allen Fällen geschehen ist, wo nicht die handgreiflichsten Beweise vorlagen. Wenn der von ihm erwähnte Zeuge überhaupt nur zwei Angreifer gesehen hat, so ist das wohl zu erklären, da der erste bis zu seiner Flucht nach der Wilhelmsstraße zu gedeckt war. Und dieser war es, der in der angegebenen Weise polnisch gekleidet war und von dem Angegriffenen leicht rekonstruiert werden kann. Was dafür spricht, daß der Überfall einen politischen Ursprung hat, ist zunächst die Feststellung der Identität des Angefallenen durch den polnisch gekleideten Mann: denn Niemand greift eine ruhig daher gehende Person, die er nicht kennt, aus Privatrache an, wenn er bei gesunden Sinnen ist. Daß die Banditen "gelauert" haben, geht daraus hervor, daß der Mann in der hellgrauen Czarnka und der vierfachen Mütze quer über die Straße auf sein Opfer zuführte, um es nach dem Namen zu fragen, und sofort nach Bejahung der Frage das versteckt gehaltene Instrument zu schwingen, ohne ein Wort weiter zu sagen. Daß der Zeuge des "Dziennik", dessen Vernehmung übrigens erwünscht wäre, nur deutsch hat sprechen hören, darf nicht befreimden; denn die drei Banditen haben, abgesehen von der ersten in der Ferne nicht hörbaren Frage keinen Laut von sich gegeben. — Es spricht ferner für den politischen Charakter des Anfalles, daß eine andere Veranlassung zu demselben gar nicht erdenklich ist.

Das gestrige Konzert für Schleswig-Holstein, zu welchem Herr Stern den Saal seines Hotels unentbehrlich herzugeben die Güte gehabt hatte, war in Betracht der mit ihm zusammen treffenden Feierlichkeiten und des Symphonie-Konzerts noch zahlreich genug besucht, und der Verlauf desselben ein recht erfreulicher. Sämtliche Nummern des Programms kamen mit geringer Abweichung zum Vortrag. Der Allgemeine Männergesangverein unter Leitung des Herrn Musikdirektor Vogt war zwar nicht in der Vollzahl erschienen, ließ den Mangel der Stimmen aber in der Ausführung seiner drei Lieder nicht wesentlich empfinden. Herr Kahlß sang seine beiden Lieder, obgleich nicht ganz disponirt, dennoch mit vielem Ausdruck und verschaffte ihnen die beispiellose Aufnahme. Herr Heller und Frau Titzenthaler waren sehr gut bei Stimme und trugen ihre Piceen recht wirksam vor, so daß sie, besonders "Das Sträusli" von Haas, zum lebhaftesten Beifall hinsassen. — Eine Mitteilung über den Reinertrag des Konzerts wird vorbehalten.

Posen, 14. Januar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst die Wahl des Vorsitzenden für das begonnene Jahr vorgenommen. Von 27 anwesenden Mitgliedern stimmten 23 für den bisherigen Vorsitzenden, Justizrat Tischiske, welcher die Wahl dankend annahm (die übrigen 4 Stimmen erhielt der Rechtsanwalt Pilet). Darauf folgte die Einführung der beiden neu gewählten Stadtverordneten, Oberprediger Wenzel und Kaufmann Bernh. Jaffe, und deren Verpflichtung durch Handschlag an Eidesstatt. Alsdann wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden wiederum der Kanzlerath Senorr gewählt, welcher von 30 Stimmen 17 erhielt; 9 fielen auf den Dr. Cegielski, 3 auf den Rechtsanwalt Pilet und 1 auf den Kaufmann Annus. — Vor dem Eintritt in die Tagesordnung hielt der Vorsitzende eine kurze Ansprache an die Versammlung. Er gedachte zuerst des jahrelangen Nationalitätskampfes im Osten, und des in neuester Zeit drohenden ähnlichen Kampfes im Westen; erwähnte dann unserer bereits über drei Jahre dauernden Verfassungsstreits, in Folge dessen auch das Kommunalleben zu keiner gedeihlichen Entwicklung gelangen könnte, und sprach schließlich die Überzeugung aus, daß die Stadtverordneten, was auch kommen möge, als pflichttreue Männer ihre Schuldigkeit thun würden.

Es wurde nun das Protokoll über die letzte Sitzung, in welcher der städtische Haushaltungsetat berathen war, verlesen. Nach demselben ist der Kammerräteienetat in Einnahme und Ausgabe auf 120,061 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf. festgestellt. Ein hier angekündigter Antrag, von den auf das Extra-Ödinarium gebrauchten 7406 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. die Summe von 2406 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. dem Magistrat zur freien Disposition zu stellen, während der Rest nur mit Genehmigung der Versammlung verausgabt werden soll, wurde angenommen. Gleichzeitig wurde der Magistrat erucht, die Steuerlisten einer genauen Prüfung unterzuwerfen zu lassen. Hierauf wurde die Wahl der verschiedenen Fachkommissionen vorgenommen, die für das laufende Jahr in folgender Weise zusammengefest sind: 1) Kommission für Rechtsfragen: die Herren Pilet, Walther, Jäckle, Lüke und R. Asch; 2) Finanzkommission: Senorr, Annus, Walther, Janowicz, B. H. Asch, Vielefeld, Mamroth, Löwinsohn, L. Jaffe, Dahlke, Magnuszewicz und Bernh. Jaffe; 3) Baukommission: Hebanowski, Fiedert, Jeziorkowski, Borchardt, R. Asch, Meyer und Schmidt; 4) Schulkommission: Cegielski, Meyer, Garben, Matecki, Berger, Löwinsohn, Bernh. Jaffe und Wenzel; 5) Armenkommission: Handke, Borchardt, Dahlke, Matecki, R. Asch, Berger, Löwinsohn; 6) Wahlkommission: Lüke, Meisch, Gajewski und Lipski. Zu den ordentlichen Kassenrevisionen wurden die Herren Walther und Janowicz gewählt, während die außerordentlichen Revisionen der Vorsitzende sich selbst vorbehält.

Eine besondere Kommission war damit beauftragt worden, Vorschläge wegen Besetzung der durch den Abgang des unbefoldeten Stadtraths v. Rosenthal erledigten Stelle zu machen; dieselbe schlug den Stadtverordneten Annus, die Minorität der Kommission den Rechtsanwalt v. Gizek vor. Vor Eintritt in den Wahlkast erklärte der Stadtverordnete Annus, er habe bereits der Kommission gegenüber geäußert, daß er nicht gewählt zu werden wünsche, und er wiederhole diesen Wunsch, weil seine anderweitigen geschäftlichen Verpflichtungen ihn an Übernahme des Amtes behinderten, während das Interesse der Stadt die Wahl eines solchen Mannes erfordere, der seinen Gemeintum schon thatächlich bemüht habe und mit den persönlichen und gewerblichen Verhältnissen der Stadt vertraut sei. Hierauf wurde nach einer kleinen Pause zu persönlicher Besprechung zur Wahl geschritten. Bei der ersten Abstimmung erhielt Annus 14 Stimmen, v. Gizek 14 Stimmen, Dahlke und Cegielski je eine Stimme; bei der zweiten Abstimmungtheilten sich die Stimmen gleichmäßig auf Annus und v. Gizek; bei der dritten Abstimmung erhielt Annus 14 und v. Gizek 16 Stimmen, welcher somit zum unbefoldeten Stadtrath gewählt ist.

Von dem Stadtbaurath Wollenhaupt ist bekanntlich ein Projekt zur Anlage einer Wasserleitung ausgearbeitet worden, nach welchem die Stadt aus den Quellen bei Jergne mit Wasser versorgt werden soll. Es war demnächst beschlossen, vor Beginn des Baues den Ingenieur Moore in Berlin als Sachverständigen zu hören. Dieser hat sich gegen das Projekt ausgesprochen und hält zur ausreichenden Versorgung der Stadt mit Wasser die Aufführung einer Dampfmaschine an der Warthe für nothwendig. Er hat sich gleichzeitig erboten, einen Plan zu dieser Anlage, die nach seinem Anschlage ungefähr 150,000 Thlr. kosten würde anzufertigen, für welche er den üblichen Satz von 2½ Prozent, also 3750 Thlr., verlangt, die der Magistrat in runder Summe auf 4000 Thlr. beantragt. Der Stadtbaurath Wollenhaupt sprach sich ebenfalls für den Moressesen Plan aus, indem er ausführte, daß ihn nur die größere Billigkeit bei seinem Plane geleitet habe. Nach längerer Besprechung schloß die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden, die für diesen Gegenstand gewählte Kommission zu beauftragen, zur Vervollständigung des Materials zunächst noch die Gutachten der städtischen Behörden aus den Orten einzuholen, für welche der genannte Ingenieur bereits solche Wasserleitungen angelegt hat. — Die Verpachtung des Theatergebäudes auf ein Jahr für 8 Thlr. pro Spielabend und die Verpachtung von 31 Brotverkaufsstellen für in Summe 490 Thlr. wurde von der Versammlung genehmigt. — Die Verpachtung der Jagd auf der Borsianawiese auf drei Jahre von 1864—66 an den Uhrmacher Hübner hier selbst für einen jährlichen Pacht von 8 Thlr. 10 Sgr. wurde genehmigt. Ein früher dagegen erhobener Einwand erledigte sich dadurch, daß der Magistrat eine Ministerialverfügung mitteilte, nach welcher den Gemeinden gestattet wird, auch Flächen unter 300 Morgen zu verpachten. — Den städtischen Boten und Krankenwärters wurden Gratifikationen bewilligt; dagegen wurde die Pensionierung des Krankenwärters Stachowski vorläufig noch nicht genehmigt. — Für die Witwe eines städtischen Beamten wurde eine Unterstützung von 60 Thlr. auf ein Jahr bewilligt. — Als Beifitzer zur Erbschaftskommission wurden gewählt die Stadtverordneten R. Asch, Borchardt, R. Kaczkowski und Meisch, und zu Stellvertretern die Stadtverordneten Dahlke, Meyer, Jeziorkowski und Lüke.

Ein Antrag auf Einführung einer Abgabe unter dem Namen "Stättengeld" wurde dem Magistrat zur gutachtlichen Auseinanderweisung überwiesen. — Die Verpachtung der Budenstellen links und rechts am Rathaus auf 1 Jahr vom 1. April d. J., erstere an den Schuhmacher Nowakowski für 62 Thlr., letztere an den Schuhmacher Klein für 90 Thlr., wurde genehmigt. — Schließlich ertheilte die Versammlung der Armenkassen-Rechnung pro 1861 auf Antrag der Finanzkommission Decharge. — Anwesend waren die Stadtverordneten Tschudicke (Vorsitzender), Annus, B. H. Asch, R. Asch, Vielefeld, Borchardt, Cegielski, Dahlke, Fiedert, Gajewski, Garben, Grabmann, Handke, Hebanowski, Bernh. Jaffe, L. Jaffe, Sam. Jaffe, Janowicz, R. Kaczkowski, Knorr, Löwinsohn, Lüke, Magnuszewicz, Mamroth, Matecki, Meisch, Pilet, Schmidt, Walther und Wenzel. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Geh. Rath Naumann, die Stadträthe v. Chlebowksi, Mamroth, Müller, Samter, v. Tressow und den Stadtbaurath Wollenhaupt.

1. [Generalversammlung des Männerturnvereins.] Der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Pilet, eröffnete die gestrige Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er die äußere, sehr glänzende, und innere, weniger befriedigende Entwicklung betonte, denn in letzterer Beziehung bleibe es zu bedauern, daß die Beteiligung an den Turnfesten eine so geringe ist, obwohl es auch wieder lobend hervorgehoben werden müsse, daß der im Vereine herrschende Geist ein sehr guter sei. Das einzige Heil für den Verein ist es, eine eigene Turnhalle zu bekommen, darum wünsche er von Herzen, daß der Verein im laufenden Jahre den ersehnten Zielen recht nahe kommen möge. Hierauf schritt der Verein zur Tagesordnung, indem die Wahl des Vorstandes für das laufende Jahr folgte. Nach dem Statut soll der Vorstand und der ihm beigeordnete Ehrenrat aus je 11 Mitgliedern bestehen; da der Verein aber im vergangenen Jahre zwei Singwarte gewählt hat, so sind es 12 Vorstandsmitglieder und müssen daher auch statutengemäß 12 Mitglieder im Ausschuß sich befinden; daher trug der Vorstand auf eine Abänderung der §§. 1 und 2 des Statuts an, was von der Versammlung auch genehmigt wurde. Der neu gewählte Vorstand besteht aus den Herren: Pilet und Götzewein als Vorsitzende, Schild und Willenberg als Schriftwarte, Roenthal und Schmidt als Turnwarte, Lucas und Lichtenstein als Kassenwarte, Platen und Bibel als Gerätewarte, Biemoval und Borowicz als Singwarte. Zum Ehrenrat gehören die Herren: Eßer, Figner, Kirschen, Kloß, Krieger, Lehmann, Dettlinger, Pinski, Rabšilber, Roenthal, Säcker, Wolfowitz. Zur Revision der Rechnung wurden gewählt die Herren: Dettlinger, Pinski und Steinke. Mit einem "Gut Heil" auf den Turnwart schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Den deutschen Bühnenvorständen, also auch Herrn Direktor Keller hier, ist folgendes Cirkular zugegangen:

"Am 18. Januar 1864 ist es fünfundzwanzig Jahre her, daß Frederick Benedix sein erstes Stück: "Das bemoerte Haupt", in Wesel zur Aufführung brachte, welches rath die Runde über die deutschen Bühnen gemacht hat. Seit dieser Zeit hat derselbe mit Unermüdblichkeit, mit seltener Druckbarkeit und Erfindungsgabe nahe an Siebenzig Stücke geliefert, von denen ein großer Theil einen ungewöhnlichen Erfolg hatte. Ohne die Stücke von Benedix würde das deutsche Repertoire eine empfindliche Lücke gehabt haben. Diese Stücke sind meist Originalarbeiten, echt deutsch, durchweg von streng fiktivem Gehalt und erreichen mit den geringsten Mitteln ihre größten Erfolge. Benedix große Verdienste sind demnach wohl nicht abzuleugnen. Sollte er nicht Anspruch haben, daß ihm zur Feier der 25jährigen Aufführung seines ersten Stücks eine Anerkennung gezeigt werde? Er hat Tantente erfreut, auf die edelste Weise erfreut, soll man ihm nicht wieder eine Freude an diesem Tage bereiten? Die Unterzeichnenden wollen diesen Versuch machen."

Sie wenden sich an alle deutschen Bühnenvorstände mit der ergebenen Bitte, am 18. Januar 1864 ein älteres Stück von Benedix als Benefiz für ihn zu geben, oder wenn dies die Verhältnisse einzelner betreffenden Bühnen nicht gestatten sollten, auf andere Weise wie durch Vorführung von Novitäten, ihm eine außergewöhnliche Vergünstigung zu gewähren. Da die deutschen Bühnenvorstände gewohnt sind, mit ihrer Kraft einzutreten für Alles, was der Kunst förderlich ist, so glauben die Unterzeichnenden, daß auch diese Bitte eine wohlgeigte Aufnahme finden wird. Mit dem Eruchen, die Antwort auf dieses Gesuch dem mit unterzeichneten Dr. v. Küstner in Leipzig, Elsterstraße Nr. 3, zugehen zu lassen, zeichnen zu vorzüglichster Hochachtung und Ergebnheit. Leipzig, den 29. November 1863.

Dr. Eduard Derient, Direktor des Hoftheaters zu Karlsruhe, Hofrath Klein Schmidt, Rechtsanwalt in Leipzig, Dr. v. Küstner, General-Intendant der Königl. Schauspiele zu Berlin, a. D. Dr. H. Laube, Direktor des Hofburgtheaters in Wien, v. Puttlis, Intendant des Hoftheaters zu Schwerin, Prof. Dr. Theodor Kuethe, Geh. Medizinalrath d. S. Rektor der Universität in Leipzig, R. Wirsing, Direktor des Stadttheaters zu Leipzig.

Hier wird in Folge dessen am 18. d. M. „Dr. Wespe“ von Benedix zur Aufführung kommen.

1. **Buk**, 12. Januar. [Feuer.] Noch ist der Schutt auf den Brandstellen nach dem am 6. d. M. hier stattgefundenen Brande nicht ganz erkaltet, und schon wieder muß ich von einem solchen Unglücke berichten. — Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr brach in einem Stalle der Witwe Gronowska, Nr. 50 in der Bojener Straße, Feuer aus, welches alsbald so um sich griff, daß außer diesem Stalle drei Wohnhäuser vollständig niedergebrannten und ein vierter Haus, zum Theil eingerissen werden mußte. Boshäfe Brandstiftung ist auch bei diesem Falle wahrscheinlich; man hat auch einen Mann, den Schuhmacherhersteller Poliksi, in Verdacht und verhaftet. Die Untersuchung wird ergeben, in wie weit dieser Verdacht begründet ist. — Drohungen sind vorangegangen, weshalb viele Familien ihr Mobilier aus den bedrohten Stadttheilen fortbrachten.

Der Herr Regierungsrath Raffel und der Herr Polizeirath Rose aus Posen, hier anwesend, wie ich höre, wegen der hier in kurzer Zeit stattgefundenen Brände, befinden sich am Orte der Gefahr. Herr Rose leitete mit dem Herrn Distrikts-Kommissarius Dietrich die Rettungs-reis. Lösch-Anstalten und sorgte für Aufrechthaltung der Ordnung. Der Ortsbürgermeister ist frank, kommt daher nicht auf der Brandstelle erscheinen.

* **Obornik**, 11. Januar. Auch unser sonst so freundlicher Kreis heißt jetzt das Schicksal seiner ihm umgebenden Gegend, er ist alt und tot, seine Lebensader sind zu Eis erstarrt und sein Antlitz ist mit einem sehr dünnen, fadenähnlichen, weißen Schneeschleier bedeckt. Da zieht sich dem auch der Mensch mit beschränktem Unterthanenverstand zurück aus der erfrorenen winterlichen Kälte, um das wenige, was er in diesem Artikel besitzt, nicht einfrieren zu lassen, in die trauliche Stube, und giebt sich der lieblichen Umarmung eines wärmestrahrenden Ofens hin. So auch wir. Obgleich wir nicht Anspruch machen können, zu den zünftigen Diplomaten gerechnet zu werden, so thaut doch jener beschränkte Unterthanenverstand, den wir uns nennen, in der erhöhten Atmosphäre unseres Ofens etwas auf, und überschreitet seine Grenzen durch folgende Betrachtung.

Wie ist es doch in unserm Kreise seit ein paar Jahren so still in all denjenigen Thätigkeiten, welche durch bessere Verkehrswägen, Erleichterung von solchen Lasten, die Handel und Wandel bedrücken und beschränken etc., dem friedlichen Menschen und Bürger es möglich machen, sich durch den Gewinn des schnöden Mammon eine forschrittlche Unabhängigkeit und ein behagliches Dasein während seines kurzen Aufenthalts auf unserem Wandelstern zu erwerben. Wie sie so sanft ruhen, alle jene vielen weltverbessernden Pläne einer vergangenen viel versprechenden Zeit. Da munkelte man und redete viel von den Anstalten und Anstrengungen, die gemacht werden sollten, um den sehr hohen Brückenzoll unserer herrlichen Warthabücke fortzuführen oder zu erniedrigen, welcher ganz ihrem Zwecke entgegen, statt den Verkehr des Landes mit unserer braven Stadt Obornik zu vermehren, denselben verhindert, durch den hohen Zoll, und die Wagenburgen an jedem Markttage statt in der Stadt vor der Stadt halten läßt, obgleich besagte Brücke der Provinz übergeben, und vor und hinter derselben kaum eine Viertelstunde entfernt Chausseehäuser ihren landesüblichen Tribut für die durchlaufenden Chausseen nach Samter, Rogasen und Posen fordern. Dann hieß es wieder, in fürgester Zeit sollte das dicht hinter der Stadt befindliche Chausseehaus nach Rogasen weiter entfernt werden, weil die Brücke nur 10 Minuten, und das andere Chausseehaus nach Posen höchstens ¼ Stunde entfernt, so daß ein Wagen, der diese halbe Meile hin und zurück fährt, gerade 19 Sgr. zu zahlen hat. Wir könnten noch viele solche stille Tode sie jetzt unerfüllt geblieben Hoffnungen aufzählen, als da sind: neue Chausseeprojekte, mangelnde Wegebesserungen, Pferdezuchtvorein etc. etc., aber Friede ihrer Wache.

Aber wir wollen nicht bloß die negative Seite des Bildes zeigen. Es ist auch manches Positive geschehen; das politische Vereinswesen ist gefördert worden, wovon wir freilich bis jetzt wenig Gewinn gehabt haben; denn wir haben dadurch nichts erlangt, als die Spaltung und die daraus von selbst folgende Schwächung der deutschen Partei.

Aber es soll nun einmal in "Gesinnung" gemacht werden; die Böcke müssen von den Schafen gesondert sein, darauf beruht das Heil der Welt. Und um dies zu erreichen, müssen die Schafe protegirt, die Böcke verfolgt werden, bis sie reuig ihr "pater peccavi" aussufen. Als sprechende Thatsache möge angeführt werden, daß man z. B. liberalen Wahlmännern Koncessionen entzieht, etwa die einer Dorfschenke, wenn sie auch seit Menschengedenken besteht. Denn Strafe muß sein! —

Basdorf, 12. Januar. [Untersuchung.] Wiederum wurde vor einigen Tagen ein Kommissarius unseres Kreisgerichts auf Requisition des Staatsgerichtshofes zu Berlin nach Jaraczewo entföhnt, um dafelbst in dem Hochverratsprozeß ferneren Beweis durch Vernehmung von Zeugen zu erheben. Da an 15 Zeugen zu vernehmen waren, so ist der Termin in loco anberaumt worden. — Der ebenfalls des Hochverrats beschuldigte Probst Anders zu Jaraczewo ist inzwischen nach einer mehrmonatlichen Haft aus der Haussvoigtei zu Berlin entlassen, gestern in seine Heimat zurückgekehrt. — Nach einer Bekanntmachung der Ortsbehörde zu Schrimm werden die dortigen Gast- und Schankwirthe an die Befolzung einer bereits früher dafelbst publicirten Lokal-Polizeiverordnung erinnert, wonach dieselben bei namhafter Geldstrafe verpflichtet sind, an finstern Abenden die Eingänge zu ihren Lokalen zu erleuchten. Ein Beweis also, daß die öffentliche Straßenbeleuchtung in Schrimm zur Zeit noch ungenügend resp. unzureichend ist.

Bromberg, 13. Januar. Herr v. Sänger auf Grabowo als stellvertretender Vorsitzender des landwirtschaftlichen Centralvereins, ladet alle Mitglieder desselben zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf Sonnabend den 16. d. Mts. Vormittags 11 Uhr im bisherigen Sessionslokal ein. Zweck der Versammlung ist, dem verehr

11. Donnerstag,

Beilage zur Posener Zeitung.

14. Januar 1864.

v. Massenbach aus Samter, die Rittergutsbesitzer v. Poncet aus Domühl und v. Tempelhoff aus Dombrowko, Reg. Geometer Ulrich aus Bojanowo, Landrat Nobiling aus Gr. Lüdom, die Kaufleute Lieb aus Driezen, Weitthal aus Blasen, Schneider aus Leipzig, Magnus, Rosenthal, Loewe, Ebers und Fabian aus Berlin, Cholzen aus Mainz, Loeme aus Bremen und Kubitza aus Meerane.
BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Dobryszki aus Bonnblum und v. Nosznaski aus Warschau, die Kaufleute Neftel und Nöseker aus Breslau, Koch aus Leipzig und Thoenemann aus Berlin.
STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer Itzig aus Breslau, Kanzleirath Gosau aus Düsseldorf, Mühlensbauer Zwanzig aus

Berlin, die Kaufleute Haber und Dr. Traube aus Ratibor, Gutsbesitzer v. Bajaczowski aus Inowraclaw.
HOTEL DU NORD. Probst v. Breanski aus Tarnowo, die Rittergutsbesitzer v. Jarochowski aus Kl. Sokołki, v. Wierzbicki aus Czyszcze, v. Gorzenksi nebst Frau aus Gembice und v. Komierowski aus Staromieasto.
HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer v. Herzyński aus Bielawy, Bürger v. Gliszczyński aus Gozdanin, die Kaufleute Leibnitz aus Dresden und Penzborn aus Berlin.
BAZAR. Gutsbesitzer v. Pradzynski aus Nusiec, die Gutsbesitzer Frau v. Dziedzowska aus Kudzin und v. Roznowski aus Sarbinowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Skalawski aus Słomczyn, v. Wichtinski aus Unie, v. Storowksi aus Radlowo und Lichtwald aus Bednary, Gutspächter Markowski nebst Frau aus Murzynowo foscine.
KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Kruck aus Czarnkau, Wolfssohn aus Filehne, Labisch aus Samter, Witkowski aus Czerniewo, Posner aus Betsche, Weichner aus Doborn und Hutter aus Breslau, Wirtschafts-Inspect. Biberstein aus Słowno, Rabbiner Dr. Moris aus Böhmen.
EICUBORN'S HOTEL. Maurermeister Voeller aus Mogilno.
DREI LILLEN. Kaufmann Cronheim aus Fraustadt.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

QUERMANUAL.

Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Stettin. Grundkapital: Drei Millionen Thaler Preuß. Court.

	1863.	1862.	1863 mehr als 1862.	
	Bahl der Anträge.	Kapital in Thlr. Pr. Crt.	Bahl der Anträge.	Kapital in Thlr. Pr. Crt.
1) Neue Anträge im Monat Dezember	1,434	1,026,820	1,122	708,832
2) Neue Anträge vom 1. Januar bis Ende Dezember	18,585	11,612,948	11,851	7,319,596
3) Abgewiesene Anträge vom 1. Januar bis Ende Dezember	3,271	2,231,080	2,587	1,582,897
		Versicherungen		Versicherungen
4) Reiner Zuwachs vom 1. Januar bis Ende Dezember	12,796	7,130,432	7,847	4,607,210
5) Versicherungsbestand Ende Dezember	33,222	18,826,540	20,426	11,696,108
		Versicherungen		Versicherungen
		12,796	7,130,432	

Stettin, den 7. Januar 1864.

Die Direktion.

Die
Preußische National-Versicherungs-Gesellschaft
in Stettin,
mit einem Grundkapital von
3,000,000 Thalern und 300,000 Thalern Reserven
übernimmt Versicherungen gegen Feuergefahr auf Mobiliar,
Waaren, Vieh, Ernte, Inventar, überhaupt auf
bewegliche Gegenstände und Gebäude,
sowohl in Städten als auf dem Lande, gegen angemessene billige, jede
Nachschußverbindlichkeit ausschließende Prämie.
Jede gewünschte Auskunft so wie Antragsformulare werden von den Unterzeichnerten unentgeltlich und bereitwillig ertheilt.
Posen, den 31. Dezember 1863.

J. Winter,
Hauptagentur Lissa.

Rudolph Rabsilber,
Hauptagentur Posen.

Spezialagenten in Posen:

Herr Eduard Jeenicke.

Herr Louis Rosenberg.

- Carl John.

- Julius Cohn.

70 Schöck Rohr

zu verkaufen auf der Probstei zu Tarnowo.

Hemden

für Damen, Herren und Kinder, Damenjacken, Pantalons, Hanben, fertige Bettenschütt, Bezüge rc., fertige Kinderwäsche aller Art, böhm. Bettfedern und Daunen in bester Qualität und billigst

Robert Schmidt
vorm. Anton Schmidt,
(Wäsche-Fabrik),
Markt Nr. 63.

Am 4. d. Ms. haben wir die sterblichen Nebenreste des hier selbst am Neujahrsstage Abdens plötzlich verstorbenen königl. Kreisphysikus und Standesrathes Dr. Paul Unger zur Gruft begleitet.

Wie beliebt der Verstorbene gewesen, davon zeigte das große Publikum, welches sich aus der Stadt und Umgegend ohne Unterschied der Konfession dem Leichenzug anschloß.

Der Verstorbene hat sich nicht allein als treuer Staatsbürger, Arzt und Mensch ausgezeichnet, sondern er war auch einer von jenen seltenen Erscheinungen, die einen großen Theil ihres Erwerbes zu Unterstützungen von Armen und Hilfsbedürftigen mit Freude und im Stillen hingaben.

Sein Andenken werden wir stets ehren!

Trzemeszno, den 10. Januar 1864.

Der Magistrat.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Geburten. Ein Sohn Herrn R. Utte in Groß-Löglitz. Eine Tochter dem Kreisdeputierten v. Reuß in Lossen, Hrn. L. v. Braunschweig in Sennewitz.

Todesfälle. Kapell-Musikus C. Delicig in Berlin. Kaufmann J. F. Weber in Berlin. Oberst a. D. Th. Heufeler in Mainz. Maj. a. D. Fr. H. v. Bredow in Senke. Kämmerer a. D. Cbr. L. Gottschlag in Sonnenburg.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag. Auf vielseitiges Verlangen anwärtiger Herrschaften: Die Marquise von Bilette, oder: Ein Ball unter Ludwig XIV. Dr.-Schauspiel in 5 A. von Ch. Birchleff. Freitag, auf Verlangen: Der Waffenträger, oder: Die drei gefahrvollen Tage in Paris. Große Oper in 3 Akten von Cherubini. In Vorbereitung: Moderne Bagabunden. Große Posse.

I. Sinfonie - Soirée.

Sonnabend den 16. Januar 1864

Abends präzise 7½ Uhr.

Im Stern'schen Saale
Casino.

Programm.

1) Sinfonie D-dur von Haydn.

2) Musik zu Egmont von L. v. Beethoven.

mit verbindendem Text von Mosengeil, unter gefälliger Mitwirkung der Opernsängerin Frau Tietzenthaler u. des Schauspielers Hrn. Leon Hess.

Abonnement-Billets zu nummerirten Sitzplätzen für alle 3 Soirées à 1 Thlr.; so wie einzelne Billets zu nummerirten Sitzplätzen à 5 Sgr. und unnummerierte Billets à 10 Sgr. sind in der Hof-Musikhandlung der Herren Ed. Bote & G. Bock zu haben.

Radeck.

Lambert's Salon.
Sonnabend den 16. Januar
großer Maskenball

mit und ohne Maske.
Anfang 8 Uhr. Entrée an der Kasse für Herren 10 Sgr., Damen 7½ Sgr. Vorher bis Abends 5 Uhr sind Billets für Herren à 7½ Sgr., Damen à 5 Sgr. bei Herrn Baltes, Friedrichstraße Nr. 31, und im Ball-Vokale selbst zu haben.

Für Maskenanzüge ist gesorgt. Demaskieren nach Belieben.

Donnerstag den 14. d. Eisbeine bei A. Lindner, Wallische a. d. Brücke.

Sapiehlaplatz Nr. 7. **D. Fromm's** Sapiehlaplatz Nr. 7.

wohlschmeckende Fleischwaren, direkt aus Hamburg und stets frisch, sind sämtlich koscher und unter Aufsicht des dortigen Rabbinats angefertigt. Demnächst halte empfohlen:

Hamburger Rauchfleisch, Roulade, Rinderschinken, Gänsebrüste, Preisgänse, Gänseleulen, Schlack-, Knobel-, Trüffel-, Leber-, Salami-Wurst, Wiener, Frankfurter und Lungen-Würstchen.

NB. Sämtliche Fleischwaren sind mit dem Siegel des betreffenden Rabbinatsverwesers versehen.

Mein assortiertes Lager feiner und feinster echt chinesischer Thee's halte ich zur Saison besonders empfohlen.

Staubfreien Theegrus von schwarzen Thee's verkaue à Pfd. 20 Sgr.

D. Fromm,

Sapiehlaplatz Nr. 7.

Frische Austern

bei Leopold Goldenring.

Täglich frische Austern

bei Carl Schipmann Nachf.

Bon dem beliebten Reisser Confect emfingen frische Bifendung und empfehlen

Frenzel & Co., Breslauerstr. 38.

Wegen Versetzung ist ein Mahagoni-Flügel-Schreibtisch mit zwei Wäschschubern und Aufsatz, ein Kinderwagen auf Federn, Kinderbettelie und Wiege, Moderateurlampe u. a. Gegenstände zu verkaufen, Halbdorffstr. 15,2 Treppe; auch ist die Wohnung bis Ostern zu vermieten.

5 Stück schwere Mastschweine und 3 Stück fette Ochsen stehen auf dem Dominiuum Sokolnik, Kreis Wreschen, zum Verkauf.

Ein Lehrling findet Aufnahme in Eisner's Apotheke.

Ein Knabe rechtslicher Eltern, der Bergolde lernen will, kann sofort eintreten beim Bergolde Jacobsohn, Biegenstraße 22.

Ein junger Mann sucht eine Stellung als Buchhalter, am liebsten in einem Holzgeschäft, Schneidermühle rc. Adressen nimmt der Apotheker Tollz in Kurnik entgegen.

Auf dem Dom. Owieczki v. Gnesen wird zu Neujahr ein unverheilatherather, in der Baumzucht und im Gemüsebau erfahrener Gärtner gesucht. Persönliche Meldungen bei Jos. Schwarzenski, Posen, Bittelstraße Nr. 20.

2 Thaler Belohnung. Ein brauner Jagdhund mit weißer Brust und weißen Pfoten, auf den Namen Milo hörend, ist gestern abhanden gekommen. Dem Wiederbringer obige Belohnung St. Martin Nr. 76.

Verein christlicher Handlungshilfen. Donnerstag den 14. Januar kein Vortrag.

THEALIA.

Sonnabend den 16. Januar: Dramatische Vorstellung und Tanzkränzchen. Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Donnerstag den 14. Januar General-Versammlung des Krankenfassen-Vereins zur Berathung und Vollziehung der Statuten.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 14. Januar 1864.

Fonds.	Posener 3½% alte Pfandbriefe 96 Br., do. 4% neue do.
Wetter:	trübe.
Roggen flau,	p. Jan. 29 Br., 29 Gd., Jan.-Febr. 29½ Br., 29 Gd., Febr.-März 29½ Br., 29 Gd., März-April 29½ Br., 29 Gd., Frühjahr 30 Br., 29½ Gd., April-Mai 30½ Br., 29 Gd.
Spiritus (mit Fass) behauptet,	gefündigt 12,000 Quart, p. Jan. 18½ Br., Br. u. Gd., Febr. 13½ Br., Gd., März 13½ Br., Gd., April 13½ Br., Gd., Mai 13½ Br. u. Gd., Juni 14½ Br., 29 Gd.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 14. Januar 1864. (Wolff's telegr. Bureau.)

	Not. v. 13.	Not. v. 13.
Roggen, flau.		
Loko	11½	11½
Januar	11	11½
Frühjahr	11½	11½
Spiritus, matt.		
Loko	14½	14½
Januar	14½	14½
Frühjahr	14½	14½
Nübel, gedrückt.		
Loko	36	36
Januar	35	35
Frühjahr	35½	35½
Spiritus, matt.		
Loko	14½	14½
Januar	14½	14½
Frühjahr	14½	14½

Stettin, den 14. Januar 1864. (Marcuse & Maass.)

	Not. v. 13.	Not. v. 13.
Weizen, unverändert.		
Loko	54½	54½
Januar	54½	54½
Frühjahr	56½	56½
Roggen, flau.		
Loko	33½	34½
Januar	34	34
Frühjahr	34½	34½

Produkten-Börse.

Berlin, 13. Januar. Wind: O SO. Barometer: 28°. Thermometer: fest 13°. Witterung: hell, ziemlich strenger Frost.

Es scheint, als seien einige größere Spekulanten durch den flauen Verlauf der jüngsten Märkte entmutigt worden und heute, als Verkäufer für Roggen auf entferntere Termine mit größerem Quantum in den Markt getreten, was natürlich zu abermaligem Rückgang der Preise den Anstoß gab. Meisthin ist in dieser Art notwirter Druck selten dauerhaft und eine Reaktion gegen denselben würde deshalb auch nicht aussichtsreich sein. Unsern im Ganzen noch immer flauen Ansichten für die Zukunft würde das keinen Abbruch thun. Der Umsatz war ziemlich ausgreifend zu den billigeren Kursen. Loko ist vorwiegend wenig Handel, Preise werden mühsam zu halten geführt.

Rüböl besonders auf nahe Lieferung durch Überfluss an Ware unter Druck erhalten, hat sich trotz des strengen Frostes kaum behauptet. Umjas schwerfällig, gefündigt 100 Gtr.

Spiritus mehr angeboten als begeht, daher Preise zu Gunsten der Käufer bei ziemlich geringem Verkehr. Gefündigt 10,000 Quart.

Weizen: vernachlässigt.

Hafer: loko mehrheitl. angeboten, Termine matt.

Weizen (p. 2100 Pf.) loko 50 a 58 Rtr. nach Qualität, weiß, bunt, poln. 4 a 55 Rtr. ab Bahn bz.

Roggen (p. 2000 Pf.) loko neuer 36½ a 36½ Rtr. ab Bahn bz., exquisit 36½ Rtr. do. Jan. 35½ Rtr. u. Br., 35 Gd., Jan.-Febr. 35½ a 35 bz., Febr.-März do., Frühjahr 35½ a 35½ bz. u. Br., 35 Gd., Mai-Juni 36½ a 36 bz. u. Gd., 36½ Rtr. (gestern ist Mai-Juni auch 36½ Rtr. gehandelt), Juni-Juli 37 a 37 bz.

Spiritus (p. 1750 Pf.) große 30 a 34 Rtr., kleine do.

Hafer (p. 1200 Pf.) loko 22 a 23 Rtr. nach Qualität, Jan. 22 Rtr. Br., Jan.-Febr. do., Frühjahr 22½ bz., Mai-Juni 23½ bz., Juni-Juli 23½ Rtr., Juli-Aug. 24 Br., Aug.-Septbr. 24½ Br.

Erbsen (p. 25 Schaffl.) Kochware 3 a 48 Rtr.

Winterrapss 83 a 85 Rtr., Winterrübsen 82 a 83 Rtr.

Rüböl (p. 100 Pf. ohne Fass) loko flüssiges 11½ Rtr., gefrorenes 11½ Rtr., Jan. 11 a 11½ bz. u. Br., 11 Gd., Jan.-Febr. 11 bz., Febr.-März

Ausländische Fonds.

Dest. Metalliques	5	60½ bz u G
do. National-Anl.	5	66½-8½ bz
do. 250fl. Präm. Do.	4	75 G
do. 100fl. Kred. Loko	—	76½ G
do. 5prz. Loope (1860)	5	78-77½ bz u G
Italienische Anteile	5	68½-1½ bz
5. Stieglitz Anl.	5	80½ G
6. do.	5	91 G
Englische Anl.	5	89 G
Russl. Engl. Anl.	3	55 bz u G
do.	4½	—
do. v. J. 1862	5	87 bz u G
Poly. Schaffl. Do.	4	72 bz
Gert. A. 300 fl. Do.	5	90½ bz
do. B. 200 fl. Do.	—	—
Pfdbr. n. i. S. R.	4	80½ bz
Kur. u. Neum. Schaffl.	3	88½ bz
Oder. Deichl. Do.	4	99 bz
Berl. Stadt. Do.	4	101 bz
do. do.	3½	87½ G
Neue Bad. 35fl. Loco.	—	30½ G
Destauer Präm. Anl.	3½	100 G
Staats-Schuldsch.	3	88 bz
Kur. u. Neum. Schaffl.	3	88½ bz
Oder. Deichl. Do.	4	99 bz
Berl. Stadt. Do.	4	101 bz
Kur. u. Neu. 3½	3½	88½ bz
Märkische	4	99 bz
Ostpreußische	3½	84½ bz
do. 4	93½ bz	—
Pommersche	3½	87½ G
do. neue	4	98½ bz
Posenische	4	102 G
do.	3½	—
do. neue	4	93½ bz
Schlesische	3½	92 bz
do. B. garant.	3	—
Westpreußische	3½	84½ bz
do.	4	93½ bz
do. neue	4	92½ bz
Kur. u. Neumärkt.	4	97 bz
Pommersche	4	96½ bz
Posenische	4	94½ bz
do. 4	94½ bz	—
Hannoverische	4	97 G
Sächsische	4	98 G

	Bank- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.
Berl. Kassenverein	4 114 G
Berl. Handels-Ges.	4 103½ G
Braunschwg. Bank	4 64 bz u G
Bremer do.	4 102½ G
Coburger Kredit-do.	4 89½ G
Danzig. Prb. Gt.	4 97 G
Darmstädter Kred.	4 83 bz u G
do. Zettel-Bank	4 100 G
Destauer Kredit-B.	4 7½ bz u G
Dessauer Landesk.	4 30 bz
Dest. Komm. Anhl.	4 94½ bz
Gefener Kreditbank	4 47½-6½ bz u G
Geraer Bank	4 91 bz
Gothaer Privat do.	4 89½ G
Hannoverische do.	4 97 G
Königsb. Privatbl.	4 99½ G

Leipziger Kreditbl. 4 70½ G

Euremberger Bank 4 100 G

Magdeb. Privatbl. 4 91 G

Meiningen Kreditbl. 4 90½ etw bz u G

Moldau. Land. Bl. 4 31 G

Norddeutsche do. 4 101 G

Dest. Kredit. do. 5 75½-75 bz

Pomm. Ritter. Ban. 4 92 G

Prenz. Bank-Amt. 4 123½ bz

do. Hypoth. Verl. 4 107 G

do. do. Certific. 4 101½ G

do. do. (Hensel) 4 105 G

Stief. Vantverein 4 100 G

Magdeb. Halberst. 4 100½ G

Magdeb. Wittenb. 4 100½ bz

Mosk.-Rjösan S. 5 85½ bz u G

Niederschl. Märt. 4 95½ bz

do. conv. 4 95½ G

do. conv. III. Ser. 4 94 G

do. IV. Ser. 4 100½ G

Niederösl. Zweigb. 5 100½ bz

Nordb. Fried. Wibl. 4 50½ bz

Oberschl. Litt. A. 4 —

do. Litt. B. 4 84½ G

do. Litt. C. 4 93½ G

do. Litt. D. 4 93½ G

do. Litt. E. 4 93½ G

do. Litt. F. 4 99½ G

Dest. Französl. St. 3 248 bz

Dest. südl. Staatsb. 3 252 G

do. Lit. B. 3½ 79½ bz

do. II. Em. 4 98½ G

do. II. Em. 4 98½ G